Merseburger Tageblatt

Unparteiische Zeitung für (Kreisblatt) Stadt u. Kreis Merseburg

Bezugspreis für Post und Stadt freibleibend. Ortsbezug wöchentlich. Postbezug monatlich. Nachforderung vorbehalten. Erscheint werktäglich nachmittags. Einzelnummer 120 Mild., Sonnabends 150 Milld. Postscheckkonto: Amt Leipzig Nr. 16 654. Geschäftsstelle: Hälterstraße 4; Zweigstelle Gotthardtstraße 38. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg. Im Falle höh. Gew. (Streik usw.) besteht k. Anspr. a. Lieferung. Rückvergüt.

Anzeigenpreis Für den achtgespaltenen Millimeterraum 8 Goldpfennige; im Reklameteil 32 Goldpfg.; für Chiffreanzeigen und Nachweisungen 21 Goldpfg. Aufschlag. — Bei Umrechnung in Papiermark ist der amtliche Goldmarkkurs des Zahlungstages maßgeblich. — Familienanzeigen ermäßigt. — Rabatt nach Tarif. — Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. — Belegnummer wird berechnet. — Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vorm. — Fernsprecher 100.

Nr. 14 — Donnerstag, den 17. Januar 1924 — 164. Jahrgang

Neuer Hochverrat im Rheinland.

Köln, 16. Januar. Im Rheinland gehen zurzeit Dinge vor sich, die eine

neue Gefahr für das Rheinland, für Preußen und das Reich

bedeuten, indem wieder einmal von verantwortungsloser Seite der Versuch gemacht wird, das Rheinland abzusprengen. Es erscheint die höchste Zeit, unter Anrufung der Oeffentlichkeit in dieses Wespennest zu stoßen, die Lage zu klären und den Leuten, die hinter den Kulissen ein übles Spiel treiben, das Handwerk zu legen.

Beim Jahresessen der Handelskammer Köln wurde **vom Präsidenten der Handelskammer, Geheimrat Louis Hagen,** nach Schluß des Essens, als der offizielle Teil vorüber war, eine private, bislang ziemlich unbeachtet gebliebene Rede gehalten.

In dieser Rede trat Herr Hagen dafür ein, aus dem Rheinland unter Lostrennung von Preußen einen Freistaat zu schaffen.

Welcher Wandlungen dieser Mann fähig ist, zeigt, daß er noch vor wenigen Monaten unter heiligen Eidschwüren versicherte, daß er niemals für eine Loslösung des Rheinlandes sich einsetzen würde. Um den Wechsel in seinen Anschauungen einigermaßen verständlich zu machen, glaubte Herr Hagen, betonen zu müssen, daß er, als er noch für das Festhalten des Rheinlandes an Preußen eingetreten sei, das alte Preußen, nämlich das Preußen Friedrichs des Großen, gemeint habe. Herr Hagen erscheint in dieser Rolle, in der er den Alten Fritz als Eideshelfer zitiert, lächerlich. Das Preußen von jetzt aber habe sein Gesicht so verändert, daß Hagen glaubt, der Selbständigmachung des Rheinlandes das Wort reden zu dürfen.

Auch das Projekt der Rheinisch-Westfälischen Bank wird von Hagen eifrig propagiert.

Diese Agitation bedeutet zweifellos einen Keil, der in die Einheit der deutschen Währungspolitik getrieben werden soll. Wenn auch die Industrie ein gewisses Interesse an diesem Projekt bezeugt, so muß doch die ganze Art und Weise, wie Hagen für die Sache wirbt, direkt als verantwortungslos bezeichnet werden. In der angeführten Rede nun, die das höchste Erstaunen der Mitglieder der Handelskammer hervorrief, **predigte Hagen den offenen Bruch** und trat dafür ein, daß das Rheinland eigene Wege gehen müsse. Die Ausführungen Hagens schlugen wie eine Bombe in die Versammlung ein; da niemand auf einen solchen Ueberfall vorbereitet war und es im allgemeinen nicht üblich ist, sich zu den Essen bei der Handelskammer auf hochpolitische Reden vorzubereiten, so meldete sich auf die Frage Hagens, ob jemand auf seine Ausführungen etwas zu erwidern habe, niemand. Dieses Schweigen, das auch in ganz anderem Sinne gedeutet werden konnte, glaubte Herr Hagen wohl für sich als zustimmend in Anspruch nehmen zu können, womit er nun krebsen geht.

Angesichts dieser Sachlage, die ein neues Bild von dem verderblichen Wirken gewisser Kreise enthüllt, ergibt sich die Notwendigkeit, endlich eine Klarstellung herbeizuführen. Eine Klarstellung zunächst einmal durch die Kölner Handelskammer selbst, aus deren Reihen

die empörten Proteste gegen den Vorstoß des Präsidenten Hagen sich mehren.

Sie muß erklären, ob sie noch bereit ist, sich hinter Hagen zu stellen, oder ob sie ihm angesichts seiner Handlungsweise die Gefolgschaft verweigert. Ein weiteres kraftloses Lavieren, Schwanken und Gehenlassen ist nicht mehr möglich, und das deutsche Volk hat ein Recht, auf die Entscheidung zu dringen. Herrn Hagens Sache wird es sein, sich sofort vor breiter Oeffentlichkeit dahin zu äußern, ob er sich befugt glaubte, im Namen der Handelskammer für die Lostrennung des Rheinlandes einzutreten, oder ob er diese Rede auf eigene Verantwortung hin unternommen hat.

Damit aber nicht genug: auch an die Zentrumspartei, der Herr Hagen angehört, tritt die geschichtliche Notwendigkeit heran, Farbe zu bekennen. Geschieht dies nicht, dann bleibt das Odium auf der Zentrumspartei liegen, daß sie einen Mann in ihren Reihen duldet, dessen Wirken gerade in diesem Augenblick als besonders verhängnisvoll bezeichnet werden muß.

Clive orientiert sich.

Speyer, 17. Januar. Auf Wunsch des englischen Generalkonsuls Clive waren gestern hier vom Oberbürgermeister die Vertreter der pfälzischen Städte und Gemeinden, sowie die Geistlichkeit geladen, um über die durch die Herrschaft der Separatisten in der Pfalz geschaffene Lage Bericht zu erstatten. Auch diese Besprechung ergab einwandfrei, daß die ganze pfälzische Bevölkerung den Separatisten schroff ablehnend gegenübersteht und daß die separatistische Bewegung in der Pfalz nur dadurch zustande gebracht werden konnte, daß die französischen Besatzungsbehörden sie in jeder Weise unterstützten.

Generalkonsul Clive hat gestern seine Reise durch die Pfalz fortgesetzt.

Im hiesigen Amtsgerichtsgebäude werden von den Separatisten zurzeit über vierzig Personen festgehalten. Jeder Besuch von Familienangehörigen ist streng verboten. Weitere 15 Finanzbeamte sind von den Separatisten aus der Pfalz ausgewiesen worden.

Clive bei de Metz.

Paris, 16. Januar. „Havas" meldet aus Speyer: Generalkonsul Clive hat seine Untersuchungen in der Pfalz begonnen. Gestern abend hatte er eine Unterredung mit General de Metz. Dem Konsul haben sich ein Vertreter der Rheinlandkommission und der Kabinettschef Tirards, Herr d'Arbonneau, als Begleiter angeschlossen. (?).

Jubel in Königswinter.

Köln, 17. Januar. Nach einer Meldung der „K.Z." sind die Sonderbündler gestern nacht von Königswinter abgezogen. Die Fahne auf dem Rathause wurde fortgenommen. In Königswinter herrscht großer Jubel.

Verkehrserleichterungen.

Landau, 17. Januar. Wie das hiesige französische Kontrollamt mitteilt, ist von heute ab der Verkehr über die Rheinbrücke vom besetzten ins unbesetzte Gebiet für Fußgänger und Kraftwagen wieder freigegeben. Für Leute, die sich vom unbesetzten ins besetzte Gebiet begeben wollen, gelten die alten Bestimmungen weiter.

Der „Abbau" der Besatzung.

Das „B.T." meldet aus Essen, daß die dortige Besatzungsbehörde jetzt weitere 980 Wohnungen für Offiziere und Beamte verlangte. Die in Betracht kommenden Familien der Besatzungsangehörigen werden vom 20. Januar ab eintreffen. Die Unterbringung muß innerhalb eines Monats beendet sein.

Die Aufgaben der französischen Kommission in Köln.

Köln 17. Januar. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, besteht die Aufgabe der in Köln eingetroffenen Untersuchungskommission, der Oberst Richier und ein Offizier namens Mallet angehören, in der Feststellung, ob seinerzeit vom britisch besetzten Gebiet aus irgendwelche Vorbereitungen und Hilfsbereitungen zwecks Bekämpfung der Sonderbündler in Düren und Honnef getroffen worden sind. Die britische Regierung ist, wie bereits mitgeteilt, mit der Untersuchung einverstanden

Ausschreitungen in Düsseldorf.

Düsseldorf, 16. Januar. Nach Schluß einer politischen Versammlung zogen gestern abend die Teilnehmer in großen Scharen durch die Stadt und verhinderten im Verein mit anderen Ruhestörern die Straßenbahnwagen an der Weiterfahrt zertrümmerten sogar die Scheiben der Wagen und versuchten den Betrieb stillzulegen. Die Insassen wurden mehrfach gezwungen, auszusteigen. In der Schadowstraße hielten die Ruhestörer einen Kraftwagen an, mißhandelten die Insassen und beschädigten den Wagen. Die Polizei zerstreute die Menge, die sich aber wieder sammelte und nach dem Norringer Platz zog, wo ein Straßenbahnwagen beschossen wurde. Ein Kaufmann wurde durch einen Schuß ins Auge schwer verletzt. Die Polizeibeamten **erwiderten das Feuer.** Die Menge wurde schließlich zerstreut; später kam es am Dorotheenplatz zu neuen Ansammlungen; auch hier wurde geschossen. Die Polizei, die auch hier das Feuer erwiderte, verjagte schließlich die Menge.

Dr. Schacht reisefertig.

Berlin, 17. Januar. Die Nachricht, daß sich Reichsbankpräsident Dr. Schacht schon gestern, einer Einladung der Reparationskommission folgend, nach Paris begeben habe, trifft nicht zu. Die Einladung der Reparationskommission ist allerdings gestern im Laufe des Vormittags in Berlin eingetroffen. Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat sich auch bereit erklärt, ihr Folge zu leisten; doch kann der Zeitpunkt seiner Abreise noch nicht mit Sicherheit angegeben werden. Wahrscheinlich wird sie nicht vor Freitag erfolgen.

Die ersten Widerstände.

Paris, 16. Januar. „New York Herald" zufolge gelang es den Sachverständigen gestern nicht, ein Arbeitsprogramm für die beiden Unterkomitees aufzustellen, da die französischen und belgischen Delegierten, entgegen der Auffassung Generals Dawes, darauf bestanden, in den beiden Unterkomitees vertreten zu sein. — „Petit Parisien" glaubt nicht, daß die Reise des Sachverständigenausschusses nach Berlin so nahe bevorsteht, da die vorbereitenden Arbeiten noch nicht genügend fortgeschritten und eine allgemeine Einigung über die dort zu prüfenden Fragen noch nicht getroffen seien.

Unglaubliche Entstellungen Jaspars.

Brüssel, 17. Jan. Der Minister des Aeußeren Jaspar erklärte während der Debatte über das Budget des Ministeriums des Aeußeren im Senat, die allgemeine Politik der Regierung werde vorwiegend von der deutschen Frage beherrscht, die sich aus zwei Teilen zusammensetze, nämlich aus der Frage der Reparationen und der der Sicherheiten. Er sagte, die Reparationen sind für das Leben Belgiens unumgänglich notwendig. Wir haben alles getan, um nicht in das Ruhrgebiet einzumarschieren. Ebenso wie Frankreich haben wir keine imperialistischen und militaristischen Hintergedanken (?). Wir haben uns eifrig bemüht, Deutschland zum Zahlen zu zwingen. Die am 11. Januar 1923 angenommene Politik hat keinen Fehlschlag erlitten (?). Indem die deutsche Regierung auf den passiven Widerstand verzichtete, beugte sie sich (?). Wir haben Milderungen (?) in die Besetzung eintreten lassen. Wenn aber das Deutsche Reich glaubt, daß wir das von uns besetzt gehaltene Gebiet räumen werden, bevor das Werk der Gerechtigkeit beendet ist, dann täuscht es sich. Ich zweifle nicht daran, daß die gegenwärtig versammelten Sachverständigen in den belgischen technischen Studien Mittel zur Lösung des Problems finden.

Das Eintreffen des Herrn von Hoesch.

Berlin, 17. Januar. Der deutsche Geschäftsträger in Paris, Herr von Hoesch, wird heute im Laufe des Vormittags in Berlin zu einer Rücksprache mit der Reichsregierung eintreffen.

Ein französischer General gegen die Legende der deutschen Kriegsgreuel.

München, 16. Januar. Die „Münchener Zeitung" bringt aus einer demnächst erscheinenden historischen Studie des französischen Generals Perein in Paris Ausführungen, die sich in entschiedenster Weise gegen die deutschen Kriegsgreuel-Legenden wenden. Es sei hoch an der Zeit, gegen die gut gespielte Entrüstung aufzutreten. „Auf die Gefahr hin", so sagt Perein, „als „Boche" beschimpft zu werden, erkläre ich,

Die Produktions- und Preisverhältnisse des Rheinisch-Westfälischen Bergbaues.

In der Vorkriegszeit entfielen bei einer Förderleistung von 0,9 Tonnen je Mann und Schicht und bei einem Kohlenpreis von rund 12 Mark zirka 55 Prozent des Preises auf Löhne, 15 Prozent auf Material, 10 Prozent auf Unternehmergewinn und der Rest auf allgemeine Unkosten, Abschreibungen usw. Bei einer Förderleistung von einer halben Tonne je Mann und Schicht, wie sie vor dem Ruhreinbruch zu verzeichnen war, machten die reinen Selbstkosten für Löhne, Materialien und Generalunkosten (aber ohne Abschreibungen, Rücklagen und Gewinn) rund 25,30 Mark aus! Wenn unter der Gültigkeit des neuen Arbeitszeitabkommens eine Förderung von 670 Kg. je Mann und Schicht erreicht wird, (dann wäre bei der vermehrten Belegschaft von 560 000 Mann gegenüber 390 000 in der Vorkriegszeit die Friedensförderung von 380 000 Tonnen je Tag erreicht), so stellen sich die Selbstkosten einer Tonne Kohle auf rund 20,50 Mark, wobei auf den Lohnanteil 9,50 Mark, auf Materialkosten 4,80 Mark und auf Generalunkosten 6,20 Mark entfallen; Beträge für Gewinne, Reserven und Abschreibungen sind in diesen Selbstkosten nicht enthalten. Verringern würden sich die Gestehungskosten, wenn die Belegschaft auf den Vorkriegsstand vermindert, gleichzeitig aber die Leistung des Einzelnen auf Friedenshöhe gebracht werden könnte. In diesem Falle unter Zugrundelegung einer Vorkriegsleistung von 900 Kg. mit einem reinen Selbstkostenpreis von 15 Mark je Tonne auszukommen sein, einer Leistungssteigerung von 10 Kg. je Mann und Schicht eine Verbilligung von 0,40 Mark je Tonne entspricht.

Zu unterscheiden von diesem Selbstkostenpreise ist der Preis für die Tonne Verkaufsförderkohle. In ihm sind nicht nur enthalten die Aufwendungen für den Zechenselbstverbrauch und Deputatkohle, die auf ungefähr 10 Prozent der Förderung veranschlagt werden können, sondern vor allem auch die Belastungen aus dem Micumabkommen. Nach diesem müssen an Reparationskohlen ungefähr 18 bis 20 Prozent der Förderung umsonst geliefert werden; außerdem sind ohne Entschädigung zu beliefern die sämtlichen alliierten Dienststellen und gegen eine noch nicht festgesetzte Vergütung die Regiebahn. Schließlich ruhen auf der Kohle noch eine Steuer von rund 10 Frank, die Zinsen und die Amortisation für die an Frankreich gezahlten 15 Millionen Dollar sogenannter „rückständiger Kohlensteuer". Im allgemeinen kann man annehmen, daß der Preis für 60 Prozent der Förderung die Kosten für die übrigen 40 Prozent mitzutragen hat. Gering berechnet, macht das auf die Tonne verkaufter Kohle eine Belastung von mindestens 10 Mark aus! Unter den jetzigen Verhältnissen stellt sich demnach der Selbstkostenpreis für eine Tonne Förderkohle ab Zeche auf 30,50 Mark; damit wäre er um 7–8 Schilling höher als gleichwertige englische Kohle. Da sich der Bergbau darüber klar war, daß unter normalen Verhältnissen der Preis nicht nur von den Selbstkosten abhängt, sondern in besonders starkem Maße, auch von der Wettbewerbsfähigkeit des Erzeugnisses am Verbrauchsort, setzte er seine Preise unter seine Gestehungskosten herab. Auch diese Preise wurden von vielen Zechen jedoch noch eine Zeitlang unterboten, da die Werke auf jeden Fall Gelder für Lohnzahlungen usw. sich beschaffen mußten; besonders bei Verkäufen nach Süddeutschland sind Unterbietungen bis zu 5 bis 6 Mark zu verzeichnen. Andere Zechen nehmen Unterbietungen vor in Gestalt des Verzichtes auf die Rückerstattung der französischen Kohlensteuer, durch Gewährung billiger Transportgelegenheit usw. Es ist nicht anzunehmen, daß der durch die Ruhraktion finanziell außerordentlich geschwächte Bergbau eine derartige Preisschleuderei lange ertragen kann. Aus diesem Grunde ist die Tatsache der freiwilligen Verlängerung des Syndikates von besonderer Wichtigkeit.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240117-15/fragment/page=0001

daß wir nicht die geringste Ursache haben, uns über deutsche Grausamkeiten, die vermieden werden konnten, aufzuregen, denn wir selbst haben auf diesem Gebiete viel mehr geleistet. Im letzten Kriege waren wir etwas zahmer, weil wir auf vaterländischem Boden kämpften. Wie wird es aber kommen, wenn wir im feindlichen Lande stehen? Lassen wir einmal die Geschichte sprechen!"

General Perein zählt nun eine Reihe von Greueltaten auf, wie sie seit Ludwig XIV. bis zu Napoleon I., Napoleon III. und auch in der Republik verübt worden sind. Weiterhin teilt er nach authentischen Berichten erschütternde Grausamkeiten mit, die während des Weltkrieges namentlich an deutschen Gefangenen auf Befehl französischer Offiziere begangen worden sind.

Der große Betrug am französischen Volke.

Paris, 16. Januar. Der Finanzminister, Poincare und alle anderen Minister hielten heute den ganzen nachmittag auf dem Quai d'Orsay Beratungen ab, um die Steuervorlagen endgültig fertigzustellen. Morgen werden diese jedenfalls der Kammer zugehen. Mehrere Mitglieder der Finanzkommission erklärten, daß infolge der Aufregung, welche die Ankündigung der neuen Steuervorlagen überall verursache, es unbedingt notwendig sei, daß Poincare morgen Erklärungen vor der Kammer abgebe. Die Interpellation, die in der Frage der französischen Währung und der neuen Steuergesetze eingebracht wurde, soll auf Verlangen der meisten Mitglieder der Kammer morgen erörtert werden. Vielfach wird in Kammerkreisen dafür Stimmung gemacht, die Mandatsdauer der gegenwärtigen Kammer um 6 bis 9 Monate zu verlängern, denn die **Abgeordneten erklären, daß sie nicht unmittelbar nach der Bewilligung von drückenden Steuervorlagen vor die Wähler treten könnten.**

Kabinettsrat in Paris.

Paris, 17. Januar. Gestern nachmittag fanden auf dem Quai d'Orsay Besprechungen Poincares mit dem Finanzminister und allen übrigen Ministern statt, die der Fertigstellung der neuen Steuervorlagen galten.

Der französische Gewerkschaftsbund zum Frankturz.

Paris, 17. Januar. Der französische Gewerkschaftsbund erläßt eine Kundgebung zu den beabsichtigten Regierungsmaßnahmen gegen die weitere Entwertung der französischen Währung. Er erklärt u. a., **eine Erhöhung des Frank könne nur durch eine vollkommene Aenderung der französischen Politik erreicht werden.**

Benesch bei Curzon.

London, 16. Januar. Der tschechische Außenminister Benesch wird heute von Lord Curzon empfangen. Beide Staatsmänner werden die politische Lage in Mitteleuropa und den kürzlich abgeschlossenen französisch-tschechischen Vertrag erörtern.

Was ist mit Trotzki?

Kopenhagen, 16. Januar. Die Revaler Zeitung „Poslednija Jiwestitja" berichtet: Nach den Mitteilungen der diplomatischen Vertreter aus Moskau soll geradezu ein Kriegszustand zwischen Trotzki und dem Zentralkomitee und dem politischen Bureau der Kommunistischen Partei herrschen. Die genannten Institutionen hätten versucht, den im Roten Heer populären General Budjenni gegen Trotzki auszuspielen. Der General Budjenni habe jedoch eine abwartende Haltung eingenommen, während sich Trotzki in seinem Panzerzug verschanzt habe. Von seiten der ausländischen Diplomaten erwartet man im Falle des Sieges Trotzkis eine entscheidende Schwenkung nach rechts in der Sowjetpolitik. Trotzkis erstes Handeln nach dem Siege würde die Ausarbeitung einer Reform sein, durch die die bürgerliche Freiheit in Rußland wieder eingeführt werde. (?)

Die Wiederherstellung der Beziehungen zur Türkei

Konstantinopel, 16. Januar. Das „Journal d'Orient" meldet, daß der deutsche Gesandte in Bukarest in Konstantinopel eingetroffen ist. Er ist bevollmächtigt zur Aufnahme von Verhandlungen über die Wiederherstellung der diplomatischen und Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und der Türkei. Nach kurzem Aufenthalt wird er sich nach Angora weiterbegeben.

*

Aus dem Reiche.

Das „geplante" Seeckt-„Attentat".

Berlin, 17. Januar. Wie zu dem „Plan eines Attentats" auf General Seeckt berichtet wird, hat eine Reichsstelle vorgestern abend auf Anzeige von Persönlichkeiten, die scheinbar auf den Attentatsplan eingegangen waren, nach dem von den Anstiftern auf Ausführung der Tat gedrängt wurde, sofort die Staatsanwaltschaft benachrichtigt und diese hat die Festnahme des Verdächtigen veranlaßt. Die gerichtliche Voruntersuchung ist eingeleitet auf Grund des Republikschutzgesetzes, das einen § 49b des Strafgesetzbuches vorsieht, wonach Straftaten des § 49a des Str. G. B. unter besonders harte Strafe gestellt werden, wenn es sich um politische Strafakte handelt. Die Meldung, daß der Offizier auch ein Attentat auf Kahr und Lossow usw. beabsichtigt habe, bestätigt sich nicht. Der Verhaftete führte einen Ausweis des Wikingbundes (zusammenhängend mit Organisation C) bei sich (?). Die Anzeigenden gehören ihren Angaben nach deutschvölkischen Kreisen (??) an. Der Verdächtige, ein gewisser Tormann, ist den Gerichtsbehörden seit langem (!) als ein nicht gut beleumdetes Subjekt bekannt.

Prüfung der bayerischen Denkschrift notwendig.

Der Reichskanzler hat an den bayerischen Gesandten v. Preger in Berlin unter dem 15. Januar ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt:

„Die mir am 5. Januar dieses Jahres überreichte **Denkschrift der bayerischen Regierung** habe ich inzwischen mit Aufmerksamkeit gelesen und sie, sobald ich in den Besitz einer ausreichenden Zahl von Abdrucken gelangt war, allen beteiligten Reichsstellen zugeleitet. Die bayerische Regierung wird es verständlich finden, daß die Reichsregierung angesichts der weitgreifenden Bedeutung der in der Denkschrift erörterten Probleme **eine abschließende Stellung heute noch nicht einnehmen kann.** Schon jetzt aber möchte ich meiner lebhaften Genugtuung darüber Ausdruck geben, daß der in sachlich gehaltener Form dargelegte Standpunkt, den die bayerische Regierung der Reichsverfassung gegenüber einnimmt, von dem Gedanken getragen ist, **das Reich im Ganzen wie in seinen Teilen stark und fest zusammengefügt zu erhalten.**

Ich verkenne nicht, daß die Denkschrift sowohl in ihren geschichtlichen Darlegungen wie in den Vorschlägen für die Zukunft Gegenstand lebhafter, vielleicht heftiger Meinungskämpfe sein wird, die jedoch, wie ich bestimmt hoffe, sich in den Grenzen halten werden, die ihnen die Tatsache zeigt, daß deutsche Gedanken und Gefühle der bayerischen Regierung die Feder geführt haben. Die Reichsregierung ist gern bereit, zunächst mit der bayerischen Regierung unter Zugrundelegung der überreichten Denkschrift in einen Meinungsaustausch einzutreten, wobei sie mit der bayerischen Regierung darüber einig geht, daß die einzelnen in der Denkschrift erörterten Fragen einer eingehenden sachlichen und vorurteilslosen Prüfung bedürfen. Erst nach dem Ergebnis dieser Erörterungen wird sich die Frage beantworten lassen, inwieweit seitens der Reichsregierung und der bayerischen Regierung die Initiative zu gesetzgeberischen Maßnahmen zu ergreifen sein wird."

Kriebel soll im Hitlerprozeß vernommen werden.

München, 16. Januar. Der Oberleutnant Kriebel, der sich heute dem Münchener Volksgericht gestellt hat, wurde sofort einer eingehenden Vernehmung unterzogen. Voraussichtlich wird er im ersten Hitlerprozeß mitverhandelt werden, sodaß sich die Zahl der Angeklagten in diesem Prozeß auf neun erhöhen wird.

München, 17. Januar. Vor dem hiesigen Volksgericht begann gestern der Prozeß gegen 13 Nationalsozialisten, denen zur Last gelegt wird, beim Deutschen Turnfest in München am 14. Juli im Anschluß an eine Versammlung der Nationalsozialisten ohne Erlaubnis einen Umzug unter freiem Himmel mit der Parteifahne veranstaltet zu haben, wobei es vor dem Verkehrsministerium zu einem Zusammenstoß mit der Polizei kam. Die Verhandlung dürfte zwei Tage dauern

Ein geplanter Kommunistenputsch in Süddeutschland.

Der „V.Z." wird aus Stuttgart gemeldet, daß in Friedrichshafen am Bodensee umfangreiche Vorbereitungen zu einem Putsch aufgedeckt worden seien. In einer Reihe von Betrieben seien seit einiger Zeit aus gestohlenem Material Handgranaten hergestellt und unter Angehörige der kommunistischen Partei verteilt worden. Es seien bereits zahlreiche Verhaftungen ausschließlich von Mitgliedern der K.P.D. vorgenommen.

Sächsische Goldnotenbank.

Dresden, 16. Januar. Die Haushaltsausschüsse A und B haben heute den Antrag der Deutschen Volkspartei auf Einrichtung einer Goldnotenbank in Sachsen angenommen.

Enttäuschung in Thüringen.

Jena, 17. Januar. In Thüringen ist man in den bürgerlichen Kreisen über die Anordnungen des Reiches gegenüber der thüringischen Regierung stark enttäuscht. Die bürgerlichen Parteien haben es deswegen abgelehnt, Mitglieder zu dem eingesetzten Ausschuß zu ernennen, der anstelle des bestimmt erwarteten Reichskommissars eingesetzt worden ist. Die Reichsregierung hat nunmehr ihrerseits einen Oberlandesgerichtsrat und einen Oberverwaltungsgerichtsrat als bürgerliche Mitglieder des Ausschusses ernannt.

Spenden für die Notspeisung werden weiter **dringend erbeten**, damit dieselbe durchgehalten werden kann. Das städtische Wohlfahrtsamt und unsere Geschäftsstelle nehmen Gaben jederzeit entgegen.

Rechtsregierung in Danzig.

Nach einer Meldung des „L. A." aus Danzig wurde dort gestern die neue Regierung gebildet, bestehend aus sieben Deutschnationalen, vier Zentrumsabgeordneten und zwei Senatoren der Deutsch-Danziger Volkspartei.

Zur Förderung der Forst- und Weidewirtschaft.

Berlin, 17. Januar. Das Reichskabinett genehmigte in der gestrigen Sitzung den Entwurf einer Verordnung zur Förderung der Forst- und Weidewirtschaft, durch die sowohl den Eigentümern, als auch den Nutzungsberechtigten die Verpflichtung auferlegt werden kann, bestimmte Maßregeln zur Bewirtschaftung der Waldungen auszuführen und abgeholzte Flächen aufzuforsten.

Keine amerikanische Lebensmittelanleihe.

Newyork, 17. Jan. Dogherty informierte Coolidge und Mellon dahingehend, daß die Kriegs- und Finanz-Corporation auf gesetzmäßigem Wege eine Anleihe an Deutschland nicht geben könne. Die Newyorker Bankiers mußten den Plan der 70 Millionen-Dollaranleihe fallen lassen, da Frankreich und Belgien sich weigerten, eine derartige Hilfsaktion als erste Hypothek vor den Reparationen anzuerkennen.

Aus Stadt und Umgebung

Geringe Abnahme der Reichsrichtzahl. Die Reichsrichtziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für Montag, den 14. Januar, auf das 1,11billionenfache der Vorkriegszeit. Gegenüber der Vorwoche (1,13 Billionen) ist somit eine Abnahme um 1,8 v. H. zu verzeichnen.

Keine Aenderung der Großhandelsindex. Die auf den Stichtag des 15. Januar berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes beträgt 119,8 und zeigt somit gegenüber dem Stande vom 8. Januar (119,7) keine wesentliche Veränderung. Die Indexziffern der Hauptgruppen lauten: Lebensmittel 106,9 (wie am 8. Januar), davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln 84,9 (84,2), Industriestoffe 143,9 (143,6), davon die Gruppe Kohle und Eisen 140 (140,2), ferner Inlandswaren 111,4 (111,7), Einfuhrwaren 161,6 (160).

Für die Zwecke des Steuerabzuges vom Arbeitslohn ist der Wert der vollen freien Station vom 1. Januar 1924 ab wie folgt festgesetzt: a) für weibliche Hausangestellte usw. monatlich 20 Mark, b) für männliche Angestellte usw. monatlich 30 Mark, c) für Angestellte höherer Ordnung monatlich 45 Mark. Außerdem sind für gewährte Naturalien folgende Sätze in Anrechnung zu bringen: Roggen 5,90, Roggenmehl 7,40, Gerste 7, Weizen 7, Weizenmehl, Gries, Graupen, Grütze 9,60, Hülsenfrüchte 13,25 Goldmark je Zentner.

Theater-Verein. Wie der Vorstand uns mitteilt, findet die nächste Aufführung des Ibsen'schen Schauspiels „Gespenster" am Mittwoch, dem 23. d. Mts. statt. Der 3. Abend wird wahrscheinlich auf den 30. d. Mts. verlegt werden. 4. und 5. Abend steht noch nicht fest. Die nächste Oper in Halle für die Vereinsmitglieder wird am 23. Februar gegeben werden. Sonderzug ist gesichert. Kartenverkauf zum Schauspiel „Gespenster" bei Pouch, zur Oper bei Stollberg.

Wann gehe ich ins städtische Stadttheater?

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerst.	Freitag	Sonnabd.	Sonntag
			Minna von Barnhelm.	Walküre	Die toten Augen.	Graf von Luxemburg.

Heimatkundeverein. Die erste Versammlung im neuen Jahre fand Mittwoch abend im Museum statt. Herr. Lehrer Pretzien hielt einen interessanten Vortrag über „Merseburger Straßennamen". An der Hand der geschichtlichen Entwicklung Merseburgs gab der Vortragende eine eingehende Erklärung der Namen Ober- und Unteraltenburg, Klausentor, Gerichtsrain, Ritterstraße, Georgstraße, Brühl; Breitestraße, Preußerstraße (= Straße der Posamentierer) Hälterstraße (von den Fischbehältern), Roterbrückenrain und Roter Feldweg (= zum Rotthügel führend) u. a. In der angeregten Besprechung gab der Vorsitzende, Prof. Wedding wertvolle Ergänzungen: er bestritt, daß Windberg-Wendenberg sei und erklärte den Namen vielmehr als Windberge, Windschutz, ferner leitete er Oelgrube nicht von „Oel", sondern dem althochdeutschen ol ab: Wasserstrudelgrube oder auch Jauchengrube. — Zum Schluß zeigte Herr Pretzien noch die neuerschienene Sammlung vorzüglicher Zeichnungen unseres einheimischen Künstlers Hübner (Annenstraße 7), die alle malerischen Punkte von Alt-Merseburg in vortrefflicher Weise wiedergeben. Dieselben werden in nächster Zeit hier in den Buchhandlungen für 7,50 Mark zu haben sein und können wärmstens empfohlen werden.

Aus Danzigs Geschichte, Kunst und Kultur wird am Montag abend Herr Thiessen im Herzog Christian sprechen. Das Thema dürfte für alle Kreise Interesse haben, wird doch an der Hand von vorzüglichen Lichtbildern gezeigt, was für ein wertvolles Stück deutscher Kultur uns durch den Verlust Danzigs verloren gegangen ist. Im Anschluß daran findet eine Ausstellung von Original-Radierungen von Berthold Hellingrath in der Bücherstube statt.

Die Arbeitsgemeinschaft für Kunstgeschichte fällt Freitag aus. Nächste Zusammenkunft: Freitag, den 25. Januar.

Preußisches Notgeld. In den nächsten Tagen werden, wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, Notgeldscheine des Freistaates Preußen, lautend über 5 Goldmark, entsprechend $^{50}/_{42}$ Dollar amerikanischer Währung, in Verkehr gegeben werden.

Der Verkehr mit dem besetzten Gebiet. Wie die Reichsbahndirektion in Elberfeld mitteilt, ist die Paßkontrolle in Hengstei aufgehoben worden. Die Franzosen sind abgerückt. Züge in der Richtung Altena und Frankfurt unterliegen damit keinerlei Kontrolle mehr und fahren ungehindert durch. In Westhoven besteht die Kontrolle dagegen noch fort. Die Züge in der Richtung nach Hamm-Münster, Magdeburg, Hannover und Berlin werden noch weiter revidiert.

Was man bei Reisen in das besetzte Gebiet beachten muß. Welchen Plackereien und Unannehmlichkeiten Reisende im besetzten Gebiete ausgesetzt sind, darüber unterrichtet ein Erlebnis eines Reisevertreters, der darüber folgendes mitteilt: Als Reisevertreter hatte ich mir zu meinem deutschen Reisepaß einen englischen Geleitschein besorgt. Auf Befragen erklärte mir der Revisionsbeamte an der Grenze, daß der Paß überall gültig sei. In Aachen angekommen, wurde ich jedoch mit mehre en Leidensgefährten festgehalten und in die Strafanstalt geführt. Nach dreistündiger Einsperrung wurden wir einem Verhör unterzogen und konnten nach Stellung einer Kaution von 80 Frank ins Freie. Wer abends ohne belgischen Geleitschein eintrifft, hat die ganze Nacht in der Strafanstalt zu verbringen. Verhandlungen über solche Vergehen finden monatlich zweimal statt; in meinem Fall am 6. Februar. Wer nicht erscheint, verliert die gestellte Kaution, außerdem hat man 1 bis 2 Tage unfreiwilligen Aufenthalt, bis der Paß in Ordnung ist. So geht es täglich vielen Reisenden aus dem unbesetzten Gebiet, da es nicht allgemein bekannt ist, daß ein Geleitschein nur in dem Gebiet der ausstellenden Besatzungsbehörde gilt.

Mangelhafte Wertbriefe. Wertbriefe werden heutzutage häufig in so schlechten Umschlägen verschickt, daß diese beschädigt werden. Auch der Siegellack ist oft so minderwertig, daß der Verschluß versagt. Die Zahl der ungeeigneten Briefumschläge hat einen großen Umfang angenommen. Die Behandlung solcher Sendungen ist aber für den Postbetrieb äußerst störend und behindert die glatte Abwickelung der regelmäßigen Dienstgeschäfte. Die Annahmebeamten sind deshalb jetzt vom Reichspostministerium angewiesen worden, darauf zu halten, daß die Siegelabdrücke aus gutem Lack hergestellt sind und die verwendeten Briefumschläge eine ausreichende Haltbarkeit haben. Für die Absender empfiehlt sich dasselbe.

Meinungsverschiedenheiten über Firmenzusätze. Zusätze zu Firmen, die auf einen geographischen Bezirk hinweisen, sind in neuer Zeit in zunehmendem Maße gebräuchlich geworden. Die Inhaber wollen damit ihrem Unternehmen mehr Bedeutung verleihen. Ueber die Berechtigung dieser Zusätze gehen aber die Ansichten auseinander. So hat sich die Handelskammer zu Kottbus gegen den von einer Firma gewählten Zusatz Niederlausitzer gewandt, weil die Gesellschaft nur über ein ganz geringes Kapital verfüge und der Zusatz geeignet sei, über die Bedeutung der Firma Irrtümer hervorzurufen. Der Antrag der Kammer wurde von sämtlichen Instanzen zurückgewiesen. Das Kammergericht ist der Meinung, daß derartige Bezeichnungen infolge ihrer Häufigkeit in ihrer Bedeutung verblaßt wären. Der Verkehr verbinde mit ihnen nicht mehr die Vorstellung eines Unternehmens, das im Bezirk den Warenmarkt beherrscht oder merkbar beeinflußt. Nach der Feststellung des Landgerichts wäre das Wort Niederlausitzer als Firmenzusatz in Kottbus allgemein. Man habe sich an die in dem Worte liegende Uebertreibung gewöhnt, so daß eine Irreführung selbst dann nicht zu besorgen wäre, wenn die Gesellschaft zu einem umfangreichen Handel nicht in der Lage sei.

Wer muß seine Umsatzsteuer voranmelden und vorauszahlen? Zur Abgabe monatlicher Voranmeldungen und zur Leistung monatlicher Vorauszahlungen der Umsatzsteuer sind nach neuen Durchführungsbestimmungen zur zweiten Steuernotverordnung Steuerpflichtige verpflichtet, die für das ganze Kalenderjahr 1922 umsatzsteuerpflichtig waren und davon einen steuerpflichtigen Umsatz von mehr als 1,5 Millionen erzielt haben, ferner solche, die 1922 nicht oder nicht voll umsatzsteuerpflichtig waren, bei denen aber die Annahme gerechtfertigt ist, daß sie jene Grenze überschreiten haben würden, endlich andere Steuerpflichtige, deren Umsatz dem Umsatz dieser beiden Arten von Pflichtigen entspricht. Die Landesfinanzämter sind berechtigt unter besonderen Verhältnissen Steuerpflichtige zu monatlichen Voranmeldungen heranzuziehen oder von der Heranziehung abzusehen.

Lohnpfändung in Gold. Bei der Pfändung von Lohn und Gehalt ist ein bestimmter Teil ihr nicht unterworfen. Nach einer neuen Verordnung des Reichsjustizministers geht der freie Betrag jetzt bis zu 30 Goldmark in der Woche. Mehr ist zu einem Drittel des Mehrbetrages geschützt. Die Goldmark berechnet sich dabei nach dem Goldumrechnungssatz. Der Reichsminister der Justiz kann ihn auch anders bestimmen. Die Verordnung tritt am 1. Februar in Kraft. Eine vorher erfolgte Aufrechnung, Abtretung oder Verpfändung verliert ihre Wirkung insoweit, als sie nachher unzulässig sein würde. Auf Antrag des Gläubigers oder des Schuldners ist der Pfändungsbeschluß zu berichtigen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240117-15/fragment/page=0002

Was gilt als wertbeständige Buchführung? Eine Buchführung auf wertbeständiger Grundlage wird nach einer neuen Bestimmung des Reichsministers der Finanzen nur dann als vorliegend erachtet, wenn sie während des ganzen Vorauszahlungsabschnittes in Goldmark nach dem Berliner Dollarmittelkurs in Dollar, Pfunden, holländischen Gulden oder Schweizer Franken geführt ist. Wenn diese Zahlungsmittel nicht täglich in Goldmark umgerechnet werden, so muß dies nach dem Kurs vom letzten Werktag eines Monats geschehen, in dem sie vereinnahmt oder der Umsatz versteuert worden ist. Die Landesfinanzämter können auch andere ausländische Zahlungsmittel zulassen.

Eine neue Laufbahn der Reichsbahn. Die Laufbahn der Werkmeister und Werkführer elektrotechnischer und wärmetechnischer Fachrichtung sowie für Gas- und Wasserwerke war bei den Staatsbahnen sehr verschieden. Sie soll jetzt bei der Reichsbahn einheitlich werden. Es werden zwei Hauptgruppen unterschieden, Werkmeister im elektrischen Werkdienst, Werkführer und Werkmeister für Kraftwerke, Heiz-, Gas- und Wasserwerke sowie elektrische Leitungsmeister.

*

Das 14. Konzert des Philharmonischen Orchester-Vereins.

Im ausverkauften Kasino-Saal fand gestern abend das 14. Konzert des Philharmonischen Orchester-Vereins statt. Wie immer, so war auch diesmal wieder für ein wertvolles Programm Sorge getragen worden. Im echten Rokokostil verstand Major Hummel als Leiter des Orchesters alle Feinheiten der reizenden Oxfordsymphonie (Nr. 16 G-dur) unseres Klassikers Joseph Haydn (1732—1809) herauszuarbeiten. Hieran schloß sich die tiefempfundene Arie „Bereite Dich, Zion" aus Joh. Seb. Bachs (1685—1750) „Weihnachtsoratorium", in der Gertrud Degenhardts feine weiche Stimme zu schöner Entfaltung kam.

Den zweiten Teil des Konzerts leiteten die „Nachklänge an Ossian" des Dänen Niels W. Gade (1817—1890) ein. Man spürte hier trotz des nordischen Elements, das in diesen „Nachklängen vorherrscht, den tiefen Einfluß der Romantiker Mendelsohn und Schumann, so daß besonders die lyrischen Stellen jedem Musikfreunde gefallen müssen. Als Höhepunkt des 2. Teiles sind die fünf Brahms-Lieder anzusprechen, die Fräulein Degenhardt technisch und musikalisch meisterte. Fritz Busch zeigte sich in der Begleitung überall als feinempfindender Musiker, den selbst ein Transponieren bei den Liedern „Nachtigall", „Komm bald", „Dort in den Weiden" nicht aus der Fassung bringen konnte.

Dem Abschluß des schönen Konzerts diente Richard Wagners „Kaisermarsch", der seine Entstehung den gewaltigen Eindrücken des Jahres 1871 verdankt. Hier wie in den anderen Orchesterwerken spielte das „Philharmonische" mit Frische, Lust und Liebe. —r.

*

Merseburger Filmschau.

Kammer-Lichtspiele. „Der Kampf um die Weltmeisterschaft" betitelt sich der zweite Teil des Sport- und Gesellschaftsfilms „Der Boxerkönig von Newyork". Dieser Teil übertrifft an Spannung und Schönheit der Aufmachung den ersten Teil um ein beträchtliches und wird auch bei dem sportliebenden Publikum viel Gefallen finden, da die Boxkämpfe sehr gut aufgenommen sind. Für Besucher, die den ersten Teil nicht gesehen haben, findet im 1. Akt eine kurze Wiederholung des ersten Teiles statt. Der 2. Film „Lady Violett" vermittelt zum ersten Male die Bekanntschaft der schönen Künstlerin Sach von Blondel. Der ungarische Film zeichnet sich durch glänzende Darstellung und eine sehr ergreifende Handlung aus.

Im Modernen Theater stellt sich uns wieder der beliebte und todesmutige amerikanische Darsteller Eddie Polo in dem großen Sensations- und Episoden-Film „Der geheimnisvolle Dolch" vor. Der Film führt uns nach England, Schottland, Afrika, China, Japan, Kalifornien, Newyork und ist reich an spannenden Momenten. Als zweiter Film läuft „Die Tochter Napoleons". Der mit Spannung erwartete Film verdient den besten unserer Zeit an die Seite gestellt zu werden. Die beliebte Lya Mara tollt und lacht durch 6 spannende Akte. Ludwig Hartau als Napoleon bietet mit ernster Herrscherwürde einen prächtigen Gegensatz zu der ausgelassenen Titelheldin. Das prunkvolle Leben am Pariser Hofe bildet die Folie zu der Handlung. Auch die höfischen Intrigen und Komplotte sind nicht vergessen. Das Manuskript stammt von Fanny Carlsen, die Regie liegt in den Händen von Friedrich Zelnik.

*

Großgräfendorf, 16. Januar. (Zur Nachahmung empfohlen.) Notdeutschlands Weihnachten hat dieses Jahr unseren Kriegerwitwen und -waisen recht bescheidene Gaben auf den Tisch gelegt; ja es mag Kinder genug geben, die diesmal keinen Weihnachtsbaum zu sehen bekommen haben vielweniger durch Geschenke erfreut worden sind. Diesen Aermsten machte der hiesige Kriegerverein eine rechte Freude durch ansehnliche Geldgeschenke. Gelegentlich einer Veranstaltung brachte der Verein durch eine Verlosung rund 100 Goldmark zusammen, die an die Kriegerwitwen und -waisen verteilt wurden.

Aus Provinz und Reich

Das Neustrelitzer Landestheater abgebrannt.

Neustrelitz, 16. Januar. Wie die Landeszeitung für beide Mecklenburg meldet, brach gestern vor Tagesanbruch im Gebäude des Landestheaters Feuer aus, das in wenigen Stunden den ganzen Bau

bis auf die Grundmauern

einäscherte. Ueber die Ursachen den Brandes konnte bisher nichts ermittelt werden. Am Abend vorher hatte eine Vorstellung nicht stattgefunden.

Neustrelitz, 16. Januar. Das gestern nacht entstandene Feuer im Landestheater zu Neustrelitz, dem früheren Großherzoglichen Hoftheater, hat das ganze Gebäude bis auf die Grundmauern niedergelegt, die noch etwa ein Stockwerk hoch, geschwärzt stehen. Der größte Teil des wertvollen Theaterfundus, Dekorationen, Garderobe, auch die Privatgarderobe der Künstler, ist den Flammen zum Opfer gefallen. Der Zuschauerraum, das Foyer, die meisten Räume sind vollständig ausgebrannt. Dachstuhl und Kuppel sind heruntergebrochen. Der Schaden ist für Stadt und Land Strelitz sehr bedeutend, auch künstlerisch, da die Leistungen des Theaters auf einer achtbaren Höhe standen. Aus allen Richtungen gingen allwöchentlich sogenannte Theaterzüge nach der Landeshauptstadt, wo dem Publikum ein reiches Repertoir von Opern und Schauspielen geboten wurde.

Das Hoftheater.

Das schlichte, alte Theaterchen, das gerade vor hundert Jahren, 1824, renoviert worden ist, umfaßte nur 700 Personen. Hinter dem Schlosse lag es, der Stadt abgewandt und im Parke versteckt. Der Fremde fand es nicht gleich, und wenn er es fand, erkannte er es kaum als Theater, denn der prunklose Bau glich eher einem Marstall, war außen und innen einfach eingerichtet. Die ganze innere Einrichtung war merkwürdig, doch nicht hoftheatermäßig. Die ersten der Reihen im Parkett standen zur Zeit, da es noch Hoftheater war, ausschließlich für den hohen Adel, die Hofgesellschaft und die Offiziere reserviert, erst von der vierten Reihe an durfte der Bürgersmann sich seinen Genüssen hingeben. Der Großherzog pflegte ganz zwanglos die Besucher des Theaters zu begrüßen und sie ins Gespräch zu ziehen. Aber das kleine Haus hatte zwei Ränge und war mit allen techinschen Neuerungen, seit 1896 auch mit elektrischer Beleuchtung versehen. Das Theater in Neustrelitz war stets bestrebt, der Kunst in ehrlicher Weise zu dienen. Besonders wurde die Oper gepflegt, waren doch die Großherzoge von Mecklenburg-Strelitz stets der Gesangskunst hold und den Sängern und Sängerinnen ungemein freundlich gesinnt. So beispielsweise der Henriette Sontag und anderen. Aber auch berühmte Schauspieler, wie die Glasbrenner, Peroni, hielten sich längere Zeit in Neustrelitz auf. Die Neustrelitzer Bühne war bei den deutschen Künstlern als Gastspielstätte besonders beliebt.

*

Dresden, 16. Januar. (Dreister Raubüberfall in Dresden.) Heute vormittag gegen 3/4 11 Uhr wurde im Innern der Stadt an einem Kassenboten eines hiesigen Bankhauses ein dreister Raubüberfall verübt. Der Bote, der mit einem größeren Geldbetrage nach dem Bankhaus zurückkehrte, wurde auf dem Treppenflur des Bankhauses von einem Unbekannten, der ihm gefolgt war, von hinten überfallen und mit einem scharfen Instrument auf den Kopf geschlagen. Trotzdem gelang es dem Beamten, seine Kasse festzuhalten. Auf die Hilferufe des Ueberfallenen ergriff der Täter die Flucht. Ein Angestellter der Bank nahm sofort die Verfolgung auf und veranlaßte nach längerer Jagd durch verschiedene Straßen der Stadt die Festnahme durch einen Polizeibeamten. Der Festgenommene, ein 20jähriger stellungsloser Handlungsgehilfe aus Freital, bestritt zunächst jede Beteiligung und gab vor, selbst hinter dem Täter hergelaufen zu sein, um ihn zu verfolgen. Trotz Gegenüberstellung mit dem Ueberfallenen, dessen Verletzungen glücklicherweise nicht bedeutend sind, leugnete der Festgenommene hartnäckig weiter. Erst nach langem Verhör durch die Kriminalpolizei gestand er die Tat ein und gab an, sie mit einem Hammer ausgeführt zu haben, den er auf der Flucht in der Ringstraße weggeworfen habe.

Berlin, 16. Januar. (Schießereien mit Zettelanklebern.) Auf einem Streifgange durch die Soldiner Straße bemerkte ein Polizeiwachtmeister eine Gruppe von mehreren Männern, die in der Nähe der Prinzen-Allee Zettel anklebten. Als der Beamte nach dem Inhalt der Plakate fragte und danach greifen wollte, gab einer der Männer zwei Schüsse auf ihn ab, wodurch die Beamte an der linken Brustseite und am linken Oberarm verletzt wurde. Der Verletzte feuerte auf den nunmehr flüchtenden Täter ebenfalls zwei Schüsse ab, durch die einer der Täter verletzt wurde. Dieser lief trotzdem weiter und wurde nachher im Flur des Hauses Soldiner Straße 62 mit zwei Leibschüssen tot aufgefunden. Seine Persönlichkeit konnte noch nicht identifiziert werden.

Königsberg, 16. Januar. (Nach hallischem Muster.) Seit Montag sind in Königsberg die von der Stadt unterstützten, zurzeit als Schneeschaufler tätigen Erwerbslosen in den Streik getreten, nachdem die Stadtgemeinde sich geweigert hat, den mit der Schneebeseitigung beschäftigten Erwerbslosen diese Arbeit besonders zu vergüten. Auch in anderen Städten Ostpreußens sind die Erwerbslosen in den Streik getreten.

Königsberg, 16. Januar. (Ein Dammbruch mitgewaltiger Ueberschwemmung) hat sich am Südrande des für die Wasserversorgung von Königsberg bestimmten großen Wiekauer Teiches ereignet, durch den die ganze Umgebung, die Dörfer Seerappen, Bärwalde und die Gegend bis Powayen, an der Bahnstrecke Königsberg-Pillau gelegen, unter Wasser gesetzt wurden. Die aus dem Schlafe aufgescheuchten Bewohner gerieten beim Retten ihres Viehes in die Obergeschosse der Häuser und Ställe bis an die Brust in die eisigen Wassermassen und infolge des starken Frostes sich bildenden Eisschollen; außer dem an den Baulichkeiten und lebenden Inventar angerichteten Schaden hat das Wintergetreide auf den Feldern schwer gelitten. Die ganze Gegend gleicht einer ungeheuren Eis- und Schneewüste, aus der die einzelnen Gebäude Inseln gleich hervorragen. Als Ursache der Katastrophe wird eine neben dem gemauerten Ueberfall des Staubeckens eingetretene Rißbildung des Erdbodens angenommen.

Letzte Depeschen

Der Dollar 4200 000 000 000.

Berlin, 17. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Amtlich notierte der Dollar 4 189 500 000—4 210 500 000 bei 10 Prozent Zuteilung.

London 17 955 000—18 045 000 000 000.
Paris 198 004—198 996 000 000.
Schweiz 731 667—735 333 000 000.
Amsterdam 1 581 038—1 588 962 000 000.
Kopenhagen 736 155—739 845 000 000.
Stockholm 1 109 220—1 114 780 000 000.
Prag 123 690—124 310 000 000.
Wien 60 598—60 902 000 000.
Rom 186 034—186 966 000 000.

*

Um den Lebensmittelkredit.

Paris, 17. Januar. Nach Meldung des „Newyork Herald" aus Washington soll das Staatsdepartement gestern dahin informiert worden sein, daß Belgien und Frankreich entschlossen seien, die Bekanntgabe einer Entscheidung über den amerikanischen Lebensmittelkredit für Deutschland (siebzig Millionen Dollars) zu verschieben, bis die Sachverständigenausschüsse zur Regelung der deutschen Finanzlage ihre Arbeiten abgeschlossen hätten.

Verbot des „Pirmasenser Zeitung".

Pirmasens, 17. Januar. Die „Pirmasenser Zeitung" ist auf drei Tage von den Separatisten verboten worden.

Der Mißtrauensantrag der Arbeiter.

London, 17. Januar. Nach dem „Daily Herald" wird erwartet, daß bei der Abstimmung über den Mißtrauensantrag der Arbeiter, die am Montag stattfindet, die Regierung sich in einer Minderheit von etwa 70 Stimmen befinden werde.

Huertas Blockadeabsichten.

Newyork 17. Januar. Der Kapitän des Kreuzers „Tacoma" von Veracruz warnte Huerta vor den Folgen seines Versuches, die atlantische Küste Mexikos zu blockieren

Hanau, 16. Januar. (Verhängnisvolle Folgen einer Spielerei.) In Hochstadt beschäftigten sich mehrere junge Burschen bei der Abschiedsfeier eines nach Amerika reisenden Kollegen u. a. auch mit der Abgabe scharfer Schüsse. Der Sattlerlehrling Heinrich Koch hantierte unvorsichtig mit einem Revolver und schoß dem Bahnarbeiter Wilhelm Fischer in den Unterleib. Der unvorsichtige Schütze entfloh und wurde später auf dem Bahndamme tot aufgefunden. Er war von einer Lokomotive erfaßt und überfahren worden.

Handel und Verkehr.

Devisenmarkt.

Berlin, 16. Januar. Der Devisenbedarf ging heute weiter zurück. Die Kurse blieben im wesentlichen die gleichen, nur Paris konnte etwas anziehen, wogegen Zürich etwas schwächer lag. Dollarschätze stärker gefragt und daher für Orders über 500 Dollar nur mit 1 Prozent zugeteilt. Goldanleihe ruhig: Kurs für beide 4,2 Bill. Polennoten 404—426 000, Oesterreicher 58 853—59 147 000.

Effektenbörse.

Berlin, 16. Januar. Das Geschäft stirbt immer mehr hin. Die Tendenz ist nicht einheitlich. Die Börse zeigt eine gewisse Widerstandskraft.

Am Montanmarkt eröffneten Klöckner mit plus 6,25 fest, desgleichen Bochumer plus 4. Später Harpener plus 1/2. Stärker erholt auch Hohenlohe plus 2 3/4 nach plus 1 1/4. Schwächer Köln-Neuessen minus 4 und Riebeck minus 1 3/4. Kalipapiere sehr ruhig. Deutsche Kali eröffneten minus 2. Kali Aschersleben, die anfangs 1 1/4 verloren, holten später 2 1/2 wieder auf. Salzdetfurth plus 2. Chemische Werte überwiegend abgeschwächt. Am stärksten rückgängig Scheidemandel mit minus 1 3/4. Elektromarkt Siemens u. Halske plus 1 1/4 und Felten u. Guilleaume plus 1. Schwächer Akkumulatoren minus 2, Elektr. Lieferungen minus 1 1/4, Bergmann minus 1, Am Waggonmarkt Busch 1 1/4, Linke-Hofmann plus 3/4. Am Metall- und Maschinenaktienmarkt Berlin-Karlsruher Industrie plus 2, Berlin-Anhalter Maschinen plus 1, Deutsche Maschinen minus 1 1/2, Orenstein u. Koppel minus 1 1/4. Am Textilmarkt Hammersen und Norddeutsche Wolle plus 1/2 bzw. 1,5. Stöhr gaben um 1 nach. Am Spritmarkt gaben Ostwerke um 1/2, Kahlbaum um 1/4 nach.

Deutsche Renten durchweg gebessert. 5proz. Reichsanleihe eröffnete mit plus 22, gab aber später um 12 Milliarden Prozent nach. 4proz. Reichsanleihe plus 50, 3 1/2proz. plus 9, 3proz. plus 190, 4proz. preuß. Konsols plus 15, 3proz. plus 50, 3 1/2proz. preuß. Konsols unverändert.

An der Nachbörse blieb die Tendenz lustlos bei sehr geringer Umsatztätigkeit. Die Kurse erfuhren überwiegend weitere Abschwächungen.

In großer Geschäftsstille und bei durchweg stark abgeschwächten Kursen verkehrte der Markt der unnotierten Werte, auf dem namentlich Adler Kohle und die Beckerwerte stark rückgängig waren. Es notierten (in Milliarden Prozent): Adler Kohle 20 000, Becker Kohle 9500—10 500, Becker Stahl 9250—10 000—9750, Benz 4000, Berl.-Halberst. Ind.-W. 400, Elitewagen 600, El. Osmose Leder 500, Grade Auto 950, Grade Motoren 1750, Gummiwerke Elbe 22 000, Hochfrequenz 16 000, Kabel Rheydt 10 000, Meurer Spritzmetall 650, Muldenthal 275, Nienburger Eisen 1300, Schebera 7750, J. Sichel 8750, Stock u. Kopp 750, Streiwer Auto 3750, Textil Meyer 450, Thüringer Uhren 2500—2750, Tiag 2500, Ufa Film 7500, Ver. Zeitzer 7500—9000, Werra Metall 500, Ronnenberg 98 000, Krügershall 9500—9750, Hannoversche Kali 21 000, Adler Kali 21 000, Ummendorf-Eisleben 2250, Kaoko 1000, Sloman Salpeter 16 500, Südsee-Phosphat 15 000, Diamond 15 000, Salitrera 250 000, Deutsche Petrol 24 000.

Produktenmarkt.

Berlin, 16. Januar. Die Tendenz bleibt ruhig und fest. Preise teilweise ein wenig gebessert. (Nichtamtlich, Preise in Goldmark je Ztr. ab Station): Drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh 0,60—0,75, do. Haferstroh 0,50—0,65, do. Gerstenstroh 0,50—0,60, Roggenlangstroh 0,40—0,50, bindfgepr. Roggen- und Weizenstroh 0,40—0,50, Häcksel 1,10—1,30, handelsübl. Heu 0,90—1, gutes Heu 1,20—1,40.

Mittagsbörse: Amtlich wurden notiert: Getreide und Oelsaaten per 1000 Kg., sonst per 100 Kg. (in Goldmark): Weizen märk. 162—166, Roggen märk. 147—153, pomm. 147—148, Sommergerste 168—175, Hafer märk. 118—121, pomm. 112—116, schles. 109—111, Mais waggonfrei Hamburg 172—173, Weizenmehl per 100 Kg. frei Berlin brutto inkl. Sack (feinste Marken über Notiz) 25,50—28, Roggenmehl 23,50—25, Berliner Marken bis 26, Weizenkleie frei Berlin 8—8,20, Roggenkleie 7,50—7,60, Raps 270, Viktoriaerbsen 39—41, kleine Speiseerbsen 21—24, Futtererbsen 16—17, Peluschken 14—15, Ackerbohnen 13—15, Wicken 17—19, Lupinen blaue 15—16, gelbe 17—19, Seradella 16—18, Rapskuchen 11,50—11,70, Leinkuchen 25—26, Trockenschnitzel 16—18, Torfmelasse 30/70 7,75—8, Kartoffelflocken 18.

Butterpreis, 1a Qualität F.-M. 1,70 je Pfund.

Berliner Schlachtviehmarkt vom 16. 1.

Auftrieb: 1262 Rinder, 398 Bullen, 339 Ochsen, 525 Kühe und Färsen, 1075 Kälber, 1975 Schafe, 5748 Schweine, 11 Ziegen, 1405 Memelschweine. Verlauf des Marktes: Bei Schafen und Rindern ruhig, bei Schweinen glatt; ausgesuchte Kälber über Notiz. Preise: Ochsen: a) 40—44, b) 33—38, c) 27—30, d) bis 25; Bullen: a) 35—38, b) 30—38, c) 25—28; Kühe und Färsen: a) 35—40, b) 35—40, c) 27—30, d) 22—25, e) 15—20; Fresser: 25—30. Kälber: a) —, b) 65—70, c) 50—60, d) 40—45, e) 25—35. Schafe: a) 40—46, b) 32—38, c) 20—28; Schweine: a) —, b) 65, c) 63—65, d) 60—62, e) 50—60, f) 50—55; Sauen 55—60; Ziegen: 18—20.

Magerviehmarkt Friedrichsfelde b. Berlin vom 16. 1.

Schweine- und Ferkelmarkt. Auftrieb: Schweine 126 Stück, Ferkel 503 Stück. Verlauf des Marktes: Langsam bei gedrückten Preisen. Es wurden gezahlt im Großhandel für Läuferschweine: 7—8 Monate alt Stück 40—60, 5—6 Monate alt Stück 25—35, für Pölke 3—4 Monate alt Stück 18—22, für Ferkel 9—13 Wochen alt Stück 10—15, 6—8 Wochen alt Stück 6—10.

Berliner Metallpreise vom 16. 1.

Raff. Kupfer 1,04—1,07, Weichblei 0,55—0,57, Rohzink 0,63—0,65, Aluminium 2, Bancazinn 4,75—4,80, Reinnickel 2,30—2,40, Barrensilber 89,50—90,50 Bill. Mk. je Kg.

Verantwortliche Redaktion: Politik, örtl. und prov. Teil: K. Hennemeyer — Sport: A. Rank — Anzeigen: A. Rank. — Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Baltz, sämtlich in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240117-15/fragment/page=0003

Durch Kampf zum Sieg.

Roman von Erich Ebenstein.

[15] Nachdruck verboten.

„Schafft ihn hinaus, Leut'", unterbricht der Zeetsch Stasel energisch. „Ordnung muß sein. Lahnbauer, greif zu — untern Hausbrunnen mit ihm, da wird er wohl nüchtern werden. Nachher nimm ich ihn gleich mit bis an sein Häusel. Das liegt ja auf meinem Heimweg!"

Und während ein Teil der Anwesenden mit lautem Hallo Stasel zum Brunnen schleppt, um ihn dort einer unfreiwilligen Dusche zu unterziehen, tritt der Zeetsch hinter das Haus und schreit mit gellender Stimme erst nach Rosel, dann nach seinem Knecht, daß er mit dem Wägelein vorfahre.

Rosel kommt sogleich. Sie kommt von der Scheune, als sei sie dort unter den Tanzenden gewesen. Ihre Augen leuchten und ihre Haltung ist weniger gedrückt als sonst.

Aber der Vater hat zum Glück kein Auge dafür. Er befiehlt ihr, in den Wagen zu steigen, verabschiedet sich rasch von den Getreuen und sieht dann besorgt nach Stasel um.

Ernüchtert ist der nicht. Aber tropfnaß und jammervoll geknickt heult er wie ein kleines Kind, als man ihn auf den Wagen hebt. Der Zeetsch wirft eine Decke über ihn hin und schreit den Kutscher an: „Fahr zu! Beim Stasel seinem Häusel hältst du an und schaffst ihn hinein."

Ein heller Jodler klingt dem abfahrenden Wägelein nach. Rosel zuckt zusammen, wird blutrot und duckt sich selig lächelnd in ihrem dicken Wollentuch zusammen.

Recht hat er gehabt, der Pauli! Wie ist die heimliche Lieb so schön und süß, wenn sie Zeichen gibt, die kein anderer verstehen kann!

„Und es ist ja nichts Böses dabei", denkt Rosel, „denn rechtschaffen brav ist er und Unrechtes wollen wir beide nicht."

Was der Zeetsch sich vorgenommen hat, das führt er aus: er geht nach Drachenberg, um dem Baron Rehme die Beschlüsse der Gemeinde Friedleiten mitzuteilen. Aber hier wird sein Wille vereitelt. Ein Bedienter bedeutet ihm mit kühler Höflichkeit, daß der Herr Baron durchaus nicht zu sprechen sei für den nächstbesten Bauern. Wenn er ein Anliegen habe, möge er sich an den Inspektor Kaltenhauser wenden.

Quirin Zeetsch richtet seine bucklige Gestalt so hochmütig als möglich auf. Erstens sei er nicht der „nächstbeste" Bauer und zweitens handle es sich durchaus um kein Anliegen, sondern um Amtssachen. Der Zeetsch sei er. Und als Bürgermeister von Friedleiten sei er da und müsse mit dem Baron sprechen.

Der Diener verschwand noch einmal, kehrte aber sofort mit dem Bescheid zurück: Der Herr Baron kenne keinen Bürgermeister Zeetsch. Der von Friedleiten heiße Gabriel Heidrich und mit dem allein wäre ein Verhandeln möglich. Außerdem ließe der Herr Baron sagen, die Friedleitner möchten sich nicht selbst ihr Grab graben. Er lasse nicht mit sich spaßen und würde unnachsichtlich auf seinem gesetzlichen Recht bestehen, wenn zu Friedleiten die Ungesetzlichkeiten nicht bald aufhörten.

„Ist gut", sagte der Zeetsch, „jetzt wissen wir, wie mir daran sind mit ihm. Nachgeben tun wir erst recht nit."

Die Friedleitner waren derselben Ansicht.

Eines Tages — der Lahnbauer war gerade auf seinem Acker draußen mit Haferanbauen beschäftigt, stürzt sein Weib heulend den Anger herauf.

„Aus ists!" schreit sie schon von weitem, „jetzt haben die Schandarmen uns den Lenzl fortgeführt . . ."

Der Lahnbauer blieb jählings stehen, wie vor den Kopf geschlagen. Der Lenzl ist sein einziger Sohn. Ein starker hübscher Bursche von achtzehn Jahren.

„Schandarmen?" stammelte er. „Ja, wie denn? Er wird doch nix angestellt haben, der Bub?"

„Narr! Wegen dem Rehbock ist's, den er gestern heimgebracht hat. Der Jagdaufseher vom Herrn von Hahn hats erfahren, und jetzt hat er unsern Buben durch zwei Schandarmen holen lassen. Aus ist's, aus ists — die Schand überleb ich nit!"

Und sie weint bitterlich.

Der Lahnbauer bindet den Sack mit dem Saatkorn zu, wirft ihn über die Achsel und befiehlt dem vor ihm eggenden Knecht, die Ochsen für heute heimzutreiben. Dann herrscht er sein Weib an:

„Heule nit, Agnes. Wenns weiter nix ist, den Buben wird mir der Zeetsch schon bald wieder loskriegen vom Gericht."

„Irr dich nicht! Der Zeetsch hats ja hindern wollen, aber die Schandarmen haben nit einemal gehört auf ihn. Er ginge sie nichts an, haben sie gesagt, und wenn er nit fortginge, so nähmeten sie ihn gleich auch mit, ein Aufwiegler sei er so wie so. Nachher bin ich in meiner Angst zum Waldmüller gelaufen —"

„So — nix Gescheiteres hast du nicht gewußt?" braust der Lahnbauer auf.

„Aber — der Wald-Müller ist halt doch der rechtmäßige Bürgermeister, so lang sie uns den Zeetsch nicht bestätigt haben. Der Jagdaufseher hats auch gesagt —"

„Ah — hat er? Na, ja — der! Und warum hat der Heidrich denn dann den Lenzl mit freimachen können?"

„Er könnt nix tun, hat er gesagt, und daran wären wir selber schuld, weil wir nit auf ihn hören wollten beizeiten!"

„Aha — recht geschieht dir! Derweil haben sie dir den Buben nachher fortgeführt."

„Aber was hätte ich denn tun sollen sonst?"

Der Lahnbauer dehnt seine sehnigen und hebt die breite Brust.

„Mich hättest du holen sollen! Eher hätt' ich sie alle drei niedergeschlagen, ehe ich ihnen den Buben überlassen hätt'!"

„Jesus Maria und Josef — Mann!" kreischt das Weib erschrocken auf. „Naher hättest uns ja erst recht ins Unglück gebracht! Gewalt brauchen — mein Lebtag ist das nit gewesen zu Friedleiten!"

„Wirst noch mehr erleben, wenn sie es so weitertreiben mit uns," sagt der Lahnbauer finster, bleibt unschlüssig einen Moment vor seiner Haustüre stehen und wendet sich dann entschlossen dem Dorfweg zu.

„Brauchst nit auf mich zu warten, ich gehe zum Zeetsch und dann zum Teichwirt."

Sein Weib sieht ihm ärgerlich nach, wie er mit großen Schritten der Dorfstraße zueilt.

„Schlimm ist es," murmelt sie, „wie es jetzt zugeht in Friedleiten. Werktags von der Arbeit weg ins Wirtshaus. Die alte Gralin hat recht — wenn die Männer schon den Verstand verloren haben, müssen wir Frauen uns zusammentun dagegen."

(Fortsetzung folgt.

In der Strafsache

gegen die

Frau Marie Stöckchen geb. Fritzsche, Ehefrau des Landwirts Paul Stöckchen, in Delitz am Berge wohnhaft,

geboren am 16. August 1888 in Holleben, ev. Rel.

wegen Preistreiberei

hat das Wuchergericht bei dem Landgericht in Halle a. Saale am 3. Januar 1924 für Recht erkannt:

Die Angeklagte wird wegen vorsätzlicher Preistreiberei zu Zweihundertundzwanzig Goldmark, hilfsweise für je zwanzig Goldmark zu einem Tag Gefängnis und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt.

Ferner wird angeordnet, daß die Verurteilung binnen zwei Monaten auf Kosten der Angeklagten durch einmaliges Einrücken im „Merseburger Tageblatt" und durch einwöchigen Anschlag im Gehöft öffentlich bekannt gemacht wird.

Louis Nürnberger, Merseburg Telefon 28.

Viehimport.

Nach Eintreffen großer frischer Transporte empfehle ab Sonnabend, den 19. Januar

40 Stück allerbeste hochtragende **Kühe und Färsen** Original Ostfriesen.	Schwere junge bayerische **Zugochsen** und **Zugkühe.**	Ia Qualität **belgische Fohlen** 1- und 2jährig meistens Stuten.

Theater-Verein Merseburg.

Die nächste Opern-Aufführung in Halle findet am Sonnabend, den 23. Febr., statt. — Anmeldungen von Mitgliedern bis zum 1. Februar in der Stollberg'schen Buchhandlung

Aus Danzigs Geschichte, Kunst und Kultur.

Lichtbilder-Vortrag von Wilhelm Thielsen Montag, den 21 Januar, abends 8 Uhr im „Herzog Christian". Eintritt 20 Pf Karten in der Bücherstube des „Herzog Christian".

Die Arbeitsgemeinschaft für Kunstgeschichte fällt Freitag aus.

EISKLUB.

Freitag, d. 18. Jan., v. abds. 7 Uhr an

Gr. Eisfest

auf dem Gotthardtsteich

bestehend aus Konzert, Eisfeuerwerk, Fackeltanz, Reigenfahren, Tambola bei bengalischer Beleuchtung 2c.

Gäste können durch Mitglieder bei vorheriger Meldung am Treppeneingang zur Eisbahn links vom „Herzog Christian" eingeführt werden. Klubkarten sind sichtbar zu tragen und können für Nichtmitglieder bei Herrn Kassierer Emanuel, Gotthardt-Drogerie gelöst werden. Geschenke und sonstige Spenden zur Tambola bitten wir ebenfalls dortselbst abzugeben.

G. Nürnberger, Merseburg

Bürgergarten 2, Tel. 28.

Mast-Rindfleisch und Hammelfleisch

Allerbeste Qualität! Billigste Preise!

à Pfund von **70** Pfg. an

Verkauf fortlaufend jeden Freitag und Sonnabend.

Vereinigte Theater.

Kammer-Lichtspiele.	Modernes Theater.
Der Boxerkönig v. New-York. Der Roman eines Boxers in 4 Teilen. 2. Teil: **Der Kampf um die Weltherrschaft** Gr. Sensations-Abenteurer in 6 Akten m. Kane Holl day a's Kid Roberts. Wer auch den ersten Teil dieses hochinteres. Sportfilms nicht gesehen hat, wird im 1. Akt des 2. Teiles eine Einleitung finden. **Lady Violette!** Ein ergreifendes Schauspiel in 5 Akten nach d. Manuskript v. Ladislaus Veryda Die Seelengröße und Herzensgüte einer Frau wird von Sacy von Blondel aufs wärmste verkörpert.	**Der geheimnisvolle Dolch.** Original-Amerik. Groß-Sensationsfilm in 6 Teilen mit dem verwegensten aller Darsteller: „Eddie Polo"!! 1. Teil: **Die Beichte a. d. Stirn eines Mädchens** **Die Tochter Napoleons!!** Der größte Monumentalfilm in 6 Akten mit der preisgekrönten Frauenschönheit Lya Mara, Ch. W. Kaiser und Ludw. Hart[illegible] als Napoleon, welches seine letzte große Rolle war.

Anfang 5 und 7½ Uhr. — Sonntag 3 Uhr: Große Jugend-Vorstellung.

Union-Theater

Freitag — Montag.

Fräulein Raffke

Zeitbild in 6 Akten.

Personen:

Emil Raffke . . . Werner Krauß
Frau Raffke . . Lydia Potechina
Frl. Lilli Raffke / Frau Lilli Grune . . Lee Parry
Pau Grune . . . . Harry Hardt
Hanl Grune, beider Kind Loni Nest
Tatjana, Tänzerin . Vivian Gibson
Egon von Geldern . . Hans Albers
Graf Röcknitz . . Heinrich Pee

„Er" Harald Lloyd im Cabarett „Zum Ochsenschwanz"

Auf der Bühne:

Persönliches Auftreten des Filmschauspielers und Originalhumoristen

Karl Hansen-Leipzig.

Hansen singt — pfeift rezitiert — imitiert daß einem dabei das Herz im Leibe lacht.

Beginn: Wochentags 5¼ Uhr Sonntag 4 Uhr, Letzte Vorstllg. 8 Uhr

Preiswerte Strick-Jacken Sport-Jacken

für Herren und Damen, sowie sämtliche praktische und moderne **Wollwaren.**

A. Henckel, Oelgrube 29. Fernsprecher 645.

Zigaretten u. Rauchtabak für Händler und Gastwirte!

Golmst. reiner goldgelber Tabak per 1000 Stück Mk. 20.—. Rauchtabak Goldgelb, Packungen zu 100, 250 und 500 g per kg Mk. 6.—, liefert prompt per Nachnahme Zigarettengroßhandlung

D. Glaser, Leipzig,

Neumarkt 12. Telef. 23049.

Von Sonnabend, den 19. d. M., steht ein Transport prima hochtragender

Kühe u. Färsen

in Merseburg im „Goldenen Hahn" preiswert zum Verkauf.

Otto Heilmann. Tel. 240. Robert Amling.

Drucksachen aller Art

für Behörden, Handel und Industrie wie Formulare, Briefbogen, Rechnungen, Kataloge, Werke, Preislisten usw. sowie alle Familien-Drucksachen liefert schnell und preiswert in einwandfreier Ausführung die Buchdruckerei der —

Merseburger Druck- u. Verlags-Anstalt

L. Baltz

Merseburger Tageblatt (Kreisblatt).

Wer ins Ausland will liest die Zeitschrift „Der Auswanderer". Probebl. 50 Gldpfg. Voreins. (nur Reichsgeld). Verlag B. v Osten, Leer-Ostfr.

5000 Goldmark

als 1. Hypothek auf Grundstück vom Selbstgeber per sofort gesucht. Offert. unt. 555/24 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Kastenregal

od Ladentafel 2,5 bis 3 m gesucht. Off. unt. M. H an d. Filiale Gotthardtstr.

Schlosskeller Bockbierfest! Schlosskeller

Inserieren bringt Gewinn!

Beilage zu Nr. 14 des Merseburger Tageblattes

Donnerstag, den 17. Januar 1924.

Die mitteldeutschen Kanalbaupläne.

Besprechung in der Handelskammer zu Halle zwischen hallischen und Leipziger Interessenten. — Die Finanzierung. — Behebung der Arbeitslosigkeit.

Gestern vormittag fand im großen Saale der Handelskammer eine Versammlung von Korporationen aus Leipzig und Halle statt, an der teilnahmen

Elster-Saale-Kanal und Mittellandkanal

interessiert sind. Unter den Anwesenden befand sich u. a. der Reichstagsabgeordnete Leopold, der vor einiger Zeit ein Projekt über den Kanalbau veröffentlichte, Baumeister Lingesleben (Halle) begrüßte die Versammlung. Sodann führte Dr. Stoffel (Halle)) aus: Wir versprechen uns für den gesamten Verkehr eine starke Förderung durch die geplante Ausnutzung der mitteldeutschen Wasserstraßen. Volkswirtschaftlich dürfte der geplante Kanal von der Elster zur Saale vollauf berechtigt sein. Der Bau hat heute insofern erhöhte Bedeutung, als Erwerbslose in großer Anzahl an ihm beschäftigt werden könnten. Die Maßnahmen der produktiven Erwerbslosenfürsorge haben zum großen Teil versagt. Vielfach trat eine Verzettelung der Kräfte ein.

Ueber die Vorgeschichte des Bauplanes referierte ein Vertreter der Leipziger Interessengruppe. Allerlei Widerstände stellten sich der Ausführung des Planes entgegen. Die Eisenbahn hat die Wasserstraßen stillgelegt. Jetzt aber erscheint infolge der Frachtverhältnisse die Zeit gekommen, wo durch die Benutzung von Wasserstraßen Vorteile entstehen. In Leipzig sind wir dabei, Handel, Industrie und Behörden aufzurufen, um die Bestrebungen wieder der Verwirklichung näherzubringen. Einzelne Zweige der Industrie, wie die Textilindustrie, stehen schon hinter uns. Der Elster-Saale-Kanal ist ein Teil des Mittellandkanals. Die Reichsregierung hat sich verpflichtet, zwei Drittel der Kosten beizusteuern, ein Drittel müssen die Länder tragen. An verschiedenen Stellen des Kanals sollen gemischtwirtschaftliche Gesellschaften am Bau beteiligt sein. Zweifellos würde durch ein solch großes Werk die Arbeitslosigkeit vermindert werden können. Wenn der Staat eine gewisse Zinsgarantie leistet, kann das Privatkapital sich stärker beteiligen. Wir sind mit der Voraussetzung hierher gekommen, daß wir gemeinsam an einem nationalen Werk arbeiten wollen. Von engeren Interessen müssen wir uns frei machen.

Regierungsbaurat Schober (Leipzig) sprach über die Technik des Kanalbaues. Allein in einem Jahre (1912) hätte die Leipziger Industrie 8 Millionen Mark sparen können, wenn eine Wasserstraße vorhanden gewesen wäre. Die Bauausgaben werden zu 75 Prozent in Löhnen bestehen, so daß auch hierdurch wieder die Arbeitslosigkeit behoben wird. Ueber die finanziellen Grundlagen des Kanalbaus gab Dr. Freimann aus Leipzig einen Ueberblick. Zurzeit können die Länder und Kommunen Beschlüsse finanzieller Art nicht fassen. Mit der Grundlage, zwei Drittel der Kosten auf das Reich, ein Drittel auf die Länder, war für uns nichts anzufangen. Wenn Reich und Länder versagen, muß an die Privatwirtschaft herangetreten werden. Eingehende Ausarbeitungen ergaben, daß die Privatwirtschaft wohl in der Lage wäre, die Kosten zu tragen. Mit der Finanzierung der Strecke Kreypau—Halle haben wir uns noch nicht befaßt. Wir ziehen ein Institut vor, das privatwirtschaftlich arbeitet. Die Beteiligung des Staates an einer gemischtwirtschaftlichen Gesellschaft darf nicht majorisierend sein. Von anderer Seite ist z. B. die Gründung einer Aktiengesellschaft geplant. Das Baukapital soll durch Anleihe gedeckt werden. Die Anleihe fordern wir unter dem Patronat des Staates. Sie wird mündelsicher. Eine solche Anleihe hätte in Mitteldeutschland keine schlechten Aussichten. Das Kanalbauamt Leipzig hat eine Bausumme von 24 Millionen Mark berechnet. Vielleicht kommen auch 30 Millionen heraus. Sechs Jahre Bauzeit sind vorgesehen. Vier Jahre würde es dauern, bis der Verkehr sich einpendelt. Mit dem Zinsendienst dürfte sich die Bausumme auf ca. 42 Millionen erhöhen. Die Aktiengesellschaft könnte mit einem Kapital von 1½ Millionen Mark gegründet werden 747 120 Mark Jahresertrag des Kanalbaues sind in verschiedenen Ausarbeitungen ziemlich einheitlich festgestellt worden. Aus diesem Ertrag ist eine Abdeckung der Kosten des Baues natürlich nicht möglich. Die Einnahmen aus dem Leipziger Hafen werden mit 500 000 Mark berechnet, aus dem Kraftwerk Kreypau würde eine Einnahme von 200 000 Mark zu gewärtigen sein. Zu beiden Seiten des Mittellandkanals ist streckenweise ein Kilometer Land in den Bau einbegriffen als Enteignungszone, die benutzbar gemacht werden soll.

In der vierten Aussprache trug Dr. Breimann (Leipzig) vom Leipziger Kanalbauverein die Erwägungen vor, die dazu geführt haben, den Kanalbau lediglich auf privatwirtschaftlicher Grundlage zu erstreben. Voraussetzung für den Kanalbau Leipzig—Creypau bleibe immer die Regulierung der Saale von Creypau über Halle hinaus bis nach Barby. Die Finanzierung bietet keine unüberwindlichen Schwierigkeiten. Man hat schon mit Banken Fühlung genommen, und die Verhandlungen haben günstige Ergebnisse gehabt. Es soll eine Aktiengesellschaft mit anderthalb Millionen Grundkapital gebildet werden, sie wird eine Anleihe vielleicht mit 6 Prozent Verzinsung unter Zinsgarantie des Staates herausgeben. Selbst bei Berücksichtigung aller ungünstigen Umstände ergibt sich, daß nach zehn Jahren einschließlich der Bauzeit das Unternehmen sich rentiert. Wir Leipziger Interessenten hoffen, daß die hallische Industrie in ähnlicher Weise, wie wir es für Kanalstrecke Leipzig—Creypau vorhaben, den Ausbau der Saale finanziert.

Geschäftsführer Hennecke vom Wirtschafts- und Verkehrsverband Halle legte dar, daß Halle nur an dem Ausbau der Saale ein unmittelbares Interesse habe. Landwirt Kirchhoff als Vertreter der Landwirtschaft hob jedoch hervor, daß die Landwirtschaft dem geplanten Wasserweg nach Leipzig große Bedeutung beimesse. Sie erhoffe davon einen besseren Absatz der Ueberschußprodukte des hallischen Gebietes. Die Meliorationsarbeiten werden einen großen Gewinn an Weideflächen, die dann der Viehzucht zugutekommen, bringen. Reichstagsabgeordneter Bergassessor Leopold prüfte, welches Interesse die hallische Industrie an dem Projekt haben könne. Er benannte sich grundsätzlich als Freund und Förderer des Wasserstraßenbaues, der in Deutschland noch viel mehr gepflegt werden müsse. Halle selbst mit seiner Wirtschaft habe jedoch erst dann ein unmittelbares Interesse an dem Kanalbauprojekt, wenn das Werk uns in den Stand setze, die Saale mit Tausendtonnenschiffen zu befahren. Die Vierhunderttonnenschiffe, mit denen sich Leipzig einstweilen begnügen wolle, habe Halle ja schon. An dem Ausbau der Saale für die Aufnahme von Tausendtonnenschiffen bestehe in Halle das stärkste Interesse: im besonderen sei der Braunkohlenbergbau sofort interessiert, wenn er seine Erzeugnisse dank den Tausendtonnenschiffen auf dem Wasserwege ohne Umladung nach Hamburg bringen könne. Von dem Kanalbau Leipzig—Creypau werde Leipzig nur allein Vorteile haben. Der Gedanke, die Arbeitslosenfürsorge mit dem Kanalbau zu verbinden, ist glücklich. Die Erwerbslosenfürsorge bedarf einer vollständigen Umgestaltung, wenn sie produktiv werden soll. Redner warnte aber noch davor, größere Summen, wie es geschehen sei, aus der Erwerbslosenfürsorge in die Rechnung für den Kanalbau einzustellen und sie damit günstiger erscheinen zu lassen.

Oberbürgermeister Hertzog (Merseburg) als Leiter des dortigen Kanalbauamtes betonte das starke Interesse, das Merseburg an der Kanalstrecke Leipzig-Creypau habe. Der Saalekanalbau bleibe selbstverständlich Voraussetzung für das ganze Projekt. Die Pläne für diesen Saalekanalbau seien übrigens bis aufs Kleinste ausgearbeitet. Sie dürfen als baureif gelten.

Das Ergebnis der Verhandlungen, die sich sehr ausspannen war daß in nächster Zeit eine neue Versammlung sämtlicher Wirtschaftskreise aus Halle und Umgegend folgen soll, die dann im Verein mit der Handelskammer und der Landwirtschaftskammer das Projekt und im Besonderen seine Finanzierung nach allen Seiten durchberaten wird. Davon hängt es dann ab, ob die hallische Wirtschaft mit der Leipziger Wirtschaft konform handelt.

Um der Finanzierung des Kanalbaues eine möglichst breite finanzielle Grundlage zu geben, ist geplant, durch die

Kanalisierung der Saale bis Weißenfels

auch die dortige Industrie für das Projekt zu interessieren. Eine diesbezügliche Beratung hatte bereits am 5. Januar d. J. in Leipzig stattgefunden, an der u. a. teilnahmen der Vorstand des Kanalbauvereins, Baurat Götz-Leipzig, der seit vielen Jahren an der Verwirklichung des Kanalbaugedankens arbeitet, und Dr. Breimann-Leipzig, ferner als Vertreter des Kanalbauamtes Regierungsrat Dr. Schaber und als Vertreter der maßgebenden Ausführungsfirmen der Vorsitzende des Beton- und Tiefbau-Wirtschaftsverbandes Kommerzienrat Dr. Wolle-Leipzig und der Syndikus der Gruppe Provinz Sachsen-Anhalt-Thüringen dieses Verbandes Dr. Stoffel-Halle.

In der Besprechung konnte festgestellt werden, daß die Vorarbeiten und Pläne soweit fertiggestellt sind, daß die Arbeiten sofort begonnen werden können. Das Projekt steht bekanntlich im engsten Zusammenhange mit der Ausführung des Mittellandkanals, von dem es ebenso einen Teil darstellt, wie die damit verbundene Saale-Regulierung. Neben der allgemein volkswirtschaftlichen Bedeutung des Kanalbaues wird seine Inangriffnahme gerade im jetzigen Augenblick ständig zunehmender Arbeitslosigkeit auch sozialpolitisch besonders nutzbringend sein. Nachdem bereits durch Verordnung vom 15. Oktober 1923 (R.-G.-Bl. S. 984) und Verordnung vom 17. November 1923 (R.-G.-Bl. S. 731) der Gesetzgeber den Weg vorgezeichnet hat, die Erwerbslosenfürsorge produktiv zu gestalten und damit die bisher unliebsamen Begleiterscheinungen der Fürsorge zu beseitigen, gestattet der Bau des Elster-Saale-Kanals die Uebertragung der betr. Verordnungen auf die Praxis.

Ueber die Aufbringung der Mittel für den Kanalbau beabsichtigt man privates Kapital zur Finanzierung heranzuziehen im Hinblick auf die Finanzvorlage des Reiches; erfolgreiche Schritte sind auch in dieser Hinsicht bereits getan.

Ein Wort zum Achtstunden-Arbeitstag.

Von seinem Vater berichtet Professor Abbe-Jena, daß dieser bis Anfang der 50er Jahre des vorigen Jahres täglich 14, 15, ja 16 Stunden als Spinnmeister ohne Unterbrechung, ja ohne Mittagspause, bei der Arbeit habe stehen müssen. Erst 1878 bürgerte sich die „nur" zwölfstündige Arbeitszeit ein; aber noch 1886 mußte unter den Spinnereibesitzern des Handelskammerbezirks München-Gladbach eine förmliche Vereinbarung dahingehend getroffen werden, daß mehr als zwölf Stunden nur ausnahmsweise gearbeitet werden dürfe. Zur gleichen Zeit wurde von Kommerzienrat Haßler, Vizepräsident des Zentralverbandes deutscher Industrieller darauf hingewiesen, daß in einzelnen Gegenden Deutschlands noch bis zu 15 Stunden und am Sonnabend die ganze Nacht gearbeitet würde, sodaß die Arbeiter am Sonntag früh aus der Fabrik kämen, wenn die anderen Leute zur Kirche gingen. Die Gesetzgebung jener Zeit des laisser faire, laisser aller hatte gegen diese Ausnützung des arbeitenden Menschen keine Eingebungen zu erheben; die Gewerbeordnung vom Jahre 1869 gipfelte in dem Satz:

„Die Festsetzung der Verhältnisse zwischen den selbständigen Gewerbetreibenden und ihren Gesellen, Gehilfen und Lehrlingen ist Gegenstand freier Uebereinkunft."

Teilweise noch schlechter war die Lage der Handlungsgehilfen im Kleinhandel. Die amtliche Erhebung des Reichskommission für Arbeiterstatistik hatte im Jahre 1892 festgestellt, ein Jahr lang blind sich dem neuen Führer anzuvertrauen und versprach es gern, weil dieser Doktor ihm von ganz anderem Schlag schien als alle Aerzte, die er bisher gesehen hatte. Untersuchung, Gespräch, dann zehn Monate nur schriftlicher Verkehr: als der Arzt den (wirklich) Patienten in München wieder sah, fand er ihn schlank und so frisch, daß sie gemeinsam Gipfel erkletterten und in Bergseen baden konnten.

Im Sommer 1881 kam Schweninger zum erstenmal nach Varzin. Der Fürst war schlaflos, hatte Schmerzen in den Nerven und Venen, schlechte Verdauung, und hörte von den Aerzten, er sei ein verbrauchter Mann; müsse viel liegen, jede Aufregung meiden, in Beschaulichkeit allgemach so den Tod erwarten und sich durch Schlafpulver und Morphium (das sein Magen aber nicht annahm) Erleichterung schaffen. Schweninger lehnte „im Rahmen so unwürdiger Behandlung eines Menschenkörpers" jeden Rat ab; sagte aber: „Länger als ein halbes Jahr werden Euer Durchlaucht nicht fortwurschteln können; dann wird die Natur sich rächen." . . . Abschied. Ein halbes Jahr später, auf dem Wege nach Danzig kam Schweninger nach Berlin. Bismarck galt als „ein aufgegebener Mann"; die Diagnosen schwankte zwischen Magen- und Leberkrebs; unerträgliche Schmerzen und tägliche Gewichtsabnahme. Auch da gab der Arzt nur eine „Meinung". Aus Danzig aber rief ihn schnell eine Depesche zurück. Er fand die Familie in dumpfer Verzweiflung, den Fürsten halb entschlafen, sich ihm anzuvertrauen, wenn er sofort bleiben wolle. Kurzes, doch dramatisches Zwiegespräch, alles in Angst. Plötzlich ein Ruck am Klingelzug Wird der derb Zupackende etwa herausgeworfen? Nein. „Holen Sie die Sachen des Herrn Doktor von der Bahn!" Und der Herr Doktor zog ins Reichskanzlerpalais, wie er ging und stand, im hellen Reiseanzug und der erste Zuwachs an Kleidungsstücken kam aus dem billigen Laden der „Goldenen Hundertzehn" in der Leipzigerstraße. So wirkte hatten zuvor sich an diesem mächtigen Körper versucht. Bismarck selbst pflegte später zu sagen: „Der Unterschied zwischen meinen früheren Aerzten und Schweninger besteht darin, daß ich behandelte, während er mich behandelt." Nur völlig hingegebene Liebe war zu solcher Behandlung fähig. Zunächst wich der Arzt vierzehn Tage und Nächte nicht von der Seite des Leidenden: und rief, wie durch Zauberkunst, den Schlaf, den Hunger, Humor und Vertrauen herbei. Am fünfzehnten Tag aber, da der Arzt zum erstenmal wieder ausgegangen war, löffelte der Fürst einen tiefen Teller voll Buttermilch aus. Erbrechen, Gelbsuchtanfall, die ganze Wirkung zweier Wochen zerstört. Um ihn Einflüsterungen, die solchen „Exzeß" begünstigten, zu entziehen, überredete der Arzt den Kranken, mit ihm nach Friedrichsruh, dann nach Gastein zu gehen und brachte ihn erst im Frühling nach Berlin zurück. Da gab es großes Staunen. Der Kanzler, der sonst die Nacht durchwacht und bis über Mittag geschlafen, manchen Geheimrat noch um 3 Uhr früh zu sich gerufen hatte, stand um 8 Uhr morgens, frisch, munter, vor dem Innenminister Puttkammer und schwor, der Bayer habe ihm mindestens „fünfzehn Jahre aus dem Kadaver gesüllt."

So ist's zwischen Exzessen und Abstinenz weitergegangen. Nicht eine Minute lang war das Verhältnis getrübt, das Vertrauen des Fürsten, auch des über „ärztliche Thraanen" murrenden gemindert. Unvergeltbares hat der Arzt diesem Pflegling geleistet. Er wollte sein Lehramt und seine ungeheure Praxis aufgeben, um dem unguädig Fortgesagten in die Verbannung zu folgen. Dieses Opfer nahm der Fürst nicht an: und den Meister ersetzte der klug gehorsame Schüler Dr. Rudolf Chrysander. Doch Friedrichsruh war und blieb Schweningers wahre Heimat: und Bismarck sprach: „Wenn er kommt, sehen Sie hier nur fröhliche Gesichter!" Nicht diesem einen nur hat er das Leben verlängert. Jedem, der ihm und dem er etwas war. Denn mit all seinen Mängeln und Wesensschwärzen, mit seinem oft allzu grell betonten Bauerntum, seiner Kulturverachtung und einem (aus Ueberfülle erlittenen Unglimpfes erklärlichem). Trotz, der sich in Selbstverblendung aufbäumte, war Ernst Schweninger eine von Kraft, Wil en, heiligem Ernst und Menschenliebe strotzende Persönlichkeit, und nicht nur durch Zufallsspruch und Diplom einer Fakultät, sondern von Gottes Gnade zum Arzt geweiht.

Der Leibarzt Bismarcks †.

Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Ernst Schweninger, der Leibarzt Bismarcks, ist in der Sonntagsnacht im Alter von 73 Jahren in München gestorben. Schweninger stammte aus Freistadt in der Oberpfalz. Seine medizinische Ausbildung erhielt er in München, wurde 1870 Assistent von Buhl und habilitierte sich 1875 als Privatdozent für pathologische Anatomie. Durch seine Erfolge mit der diätetischen Behandlungsweise trat er in Beziehung zu Fürst Bismarck, der ihn als seinen Leibarzt nach Berlin zog, wo er 1884 a. o. Professor für Hautkrankheiten an der Universität wurde sowie die Leitung der Klinik und Poliklinik für Hautkranke an der Charite erhielt. Von 1900—1906 war er zugleich ärztlicher Direktor des Kreiskrankenhauses Großlichterfelde bei Berlin. 1902 gab er seinen Lehrauftrag für Hautkrankheiten ab und las noch über allgemeine Pathologie und Geschichte der Medizin Seit 1906 wohnt er in Schloß Schwaneck bei München. Seine Arbeiten sind anatomischen, experimentellen, histologischen, klinischen, allgemein medizinischen Inhalts, speziell über Neubildung, Kreds, Diphterie, Tuberkulose, Typhus, Arzterziehung, Aerzteschule usw. — Die ärztlichen Methoden Schwenkngers, besonders die unter seinem Namen weltberühmte „Schweninger-Kur", sind heftigen wissenschaftlichen Angriffen begegnet. Aber als der Mann, der das Leben des Gründers der deutschen Einheit mit unermüdlicher Treue und Hingebung bewachte, erwarb sich Ernst Schweninger Achtung und Dankbarkeit des deutschen Volkes

Der trotzige Knabe entlief dem Vaterhaus, weil er durch aus „studieren", Arzt werden wollte, und setzte schon damals seinen Willen gegen alle Gewalten durch. Student, Militärarzt, Assistent Buhls in München; schon winkt dem noch nicht Dreißigjährigen, dessen wissenschaftliche Arbeit beachtet wird, eine Professur Da verhängt ein ekler Strafprozeß ihm die Aussicht. Auf einem Friedhof soll er eine Frau, eine Patientin, umfangen haben, die er in jeder Stunde als Arzt doch in seiner Wohnung „ungeniert" empfangen konnte. Er hat's mit ruhiger Entschiedenheit bestritten. Die Mitangeklagte wurde nach der Verhandlung die Frau des Anwaltes, der sie verteidigt hatte. Den alte Kaiser Wilhelm und Bismarck haben später die Akten des Prozesses gelesen und wie an die (mit knapper Mehrheit „festgestellte") Schuld des Bayern glauben gelernt. Einerlei. An ein Lehramt war darnach fürs erste nicht zu denken. Doch dem aus den Bahnen der pathologischen Anatomie geworfenen schwoll, besonders in der Schicht des bayerischen Adels die Praxis; und Bayerns Gesandter in Rom empfahl ihn dem zweiten Sohn des Reichskanzlers als „letzte Zuflucht". Graf Wilhelm Bismarck, den nach hundert Kuren, Aerzten, Mitteln, auch Mehadia nicht von schwerer Gicht und unförmlichem Leibesumfang befreit hatte, mußte versprechen, ein Jahr lang blind sich dem neuen Führer anzuvertrauen und versprach es gern, weil dieser Doktor ihm von ganz anderem Schlag schien als alle Aerzte, die er bisher gesehen hatte. Untersuchung, Gespräch, dann zehn Monate nur schriftlicher Verkehr: als der Arzt den (wirklich) Patienten in München wieder sah, fand er ihn schlank und so frisch, daß sie gemeinsam Gipfel erkletterten und in Bergseen baden konnten.

Schillers Gartenhaus in Jena als Erinnerungsstätte. Die Universität Jena will das bekannte Schiller-Gartenhaus in Jena zu einer würdigen Gedächtnisstätte einrichten. Schiller hat das Gartenhaus 1795 gekauft und bis zu seiner Uebersiedelung nach Weimar während der Sommerhalbjahre bewohnt. In dem Haus hat Schiller den Wallenstein, die Maria Stuart, den größten Teil seiner Balladen, die Glocke und andere Werke geschrieben. Die erste Anregung, das Gartenhaus zu einer Schiller-Erinnerungsstätte einzurichten, hat noch Goethe gegeben. Die Jenaer Bürgerschaft hat bereits eine Reihe von Andenken an die klassische Zeit für die neue Schiller-Erinnerungsstätte zur Verfügung gestellt.

Ein österreichischer Gelehrter im Elend gestorben. Im Alter von 80 Jahren ist an Entkräftung in Wien der a. o. Professor für Kinderheilkunde an der Universität Wien Dr. Ludwig Unger, ein Gelehrter von Weltruf, gestorben. Er hat sich besonders um die Jugendkunde in Oesterreich hervorragende Verdienste erworben. Die Leiche mußte auf Kosten der Stadt Wien beerdigt werden. Oesterreichische Zeitungen stellen mit Bitterkeit fest, daß dem Sarge dieses bekannten Gelehrten nur fünf Personen gefolgt sind, darunter seine ehemalige Wirtschafterin, eine Nachbarin, sein früherer Hausmeister und ein Dienstmädchen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240117-15/fragment/page=0005

Der „Wiederaufbau"-Skandal in Frankreich.

Frankreich hat einen Wiederaufbau-Skandal. Schon längst. Nur wir dummen Deutschen merken nichts davon, benutzen diesen Riesenskandal nicht dazu, um Poincare die Maske vom Gesicht zu reißen. Höher im Kurse stehen bei uns immer noch Parteikram, wie überhaupt alles das, was irgendwie dazu angetan sein könnte, um im Innern zu zerreißen — damit Herrn Poincares Spekulationen nur ja Erfolg haben.

Im folgenden mag ein Bild davon gegeben sein, wie es in den „zerstörten Gebieten" sich wohlleben läßt, wobei vorausgeschickt sei, daß es ab und an schon in Frankreich vorkommt, daß jemand aufsteht und sagt: Hier liegt der größte Betrug, den die Geschichte kennt! Er führt vielleicht zum Ruin. Ausgerechnet habe man, daß die Sache in das Budget Frankreichs ein Loch von 20 Milliarden reißen müßte!

Um einen Einblick zu gewinnen, folge man uns nach Tourcoing. Der Grand Boulevard, eine breite Straße, glatt wie eine Rennbahn, mächtige Gebäude aus roten Backsteinen an der Straßenzeile. Man soll sich nur nicht in Paris ein bilden, daß man nur dort allein die größten und schönsten Bauten betrachten könne. Das wäre ein Irrtum. In Tourcoing z. B. sind nach dem Kriege riesenhafte Gebäude aus dem Boden hervorgeschossen, die vorher dort unbekannt waren. Es gibt dort Villen, Palästen vergleichbar. Um sie herum prächtige Parks und große Gärten. Fabriken, die mehr Areal bedecken als der Louvre in Paris und in einer Höhe, die Notre-Dame überragt. Alles Dinge, die früher in Tourcoing nicht bekannt waren! Und wer sind die Besitzer dieser schönen Sachen? Gestern die einfachsten Leute, die man sich denken kann, Aber da kam der Krieg und dann der Friede — und dann die „Reparationen"! Die Reparationen ..... Diejenigen, die das Kunststück gefunden haben, ihren Schadenbetrag mit 100 oder gar mit 1000 zu multiplizieren, sind sofort auf Heller und Pfennig bezahlt worden. Andere, die dumm oder aufrichtig genug waren, etwaige Kriegsschäden nicht aufzubauschen, sollen noch nichts erhalten haben.

Die Methode, nach der man gemeinhin arbeitete, war diese: Angenommen, deutsche Soldaten haben aus Unvorsichtigkeit die Marmorplatte eines Nachttisches zerbrochen. Wenn der Besitzer dieses kostbaren Möbels nur den Mut gehabt hat, sagen wir eine Million Frank dafür zu verlangen, so hat er diese sofort ohne Prüfung und ohne Nachweis erhalten. Eine Million Frank für die Marmorplatte eines Nachttisches!

Das ist kein Scherz. Es gibt noch ähnliche und ebenso wahre Geschichten.

Dort z. B. die schöne Fabrik von heute war früher ein Schuppen, Anfang 1914, also vor dem Kriege, brannte er nieder. Der Unglücksfall wurde von dem Besitzer einfach auf den Krieg zurückgeführt und er hat dann eine Million erhalten ..... basta.

Man gehe mit uns weiter auf dem Grand Boulevard. Da ein großer Bau, eine Metzkaserne mit 120 Wohnungen. Er erscheint nicht wie eine, sondern wie mehrere Kasernen. Er ist früher niemals vorhanden gewesen. Wohl aber mit „Entschädigungsmitteln" erbaut, wie sie für industrielle Bauten gezahlt wurden. Und so geht es weiter, den ganzen Boulevard entlang: Villen, riesenhafte Fabriken, Schlösser, Wolkenkratzer! Man glaubt sich in irgendeinen Winkel Amerikas versetzt.

Und Zahlen möchte man haben? Hier sind sie:

Die Fabriken Denain-Anzin haben 700 Millonen erhalten. Die Fabriken Longwy 447 Millionen. Zusammen mehr als eine Milliarde Frank, für zwei Fabriken. Agache erhielt 109 Millionen, Beghien 127 Millionen, Lepoutre aus Toubaix 66 Millionen .....

Es gibt niemanden in den „zerstörten Gebieten", der das nicht wüßte. Dort drüben die Brüder Tiberghien, zwei Industrielle, jeder von ihnen hat 110 Millionen Schaden angemeldet. Ihre Forderung hat man herabgesetzt — sie haben keine Einwendung erhoben. Wohl kein Zweifel, daß man in seiner Forderung etwas zu hoch gegangen war .... Kurzum, jeder von ihnen erhielt 75 Millionen, macht zusammen für die beiden Brüder 150 Millionen. Und was geschah mit dem Gelde? „Bons de cessions" (Abtretungsurkunden) haben die Industriellen von den kleinen Leuten gekauft. Ihnen die kleinen Kredite genommen, die den Armen zugesprochen worden sind, die keine Zeit zum Warten haben. Und mit den auf diese Weise erworbenen Geldern wurde ein Terrain gekauft, auf dem die Brüder Tiberghien 700 Häuser bauen wollen. „Billige Wohnungen", wie sie sagen ...

Tourcoing ist durchquert. Man kommt in eine andere Vorstadt auf dem Wege nach Mouscron in Belgien. Dort auf der Höhe wieder eine ganz neue Einrichtung „Das rote Kreuz"! Und an einer anderen Stelle die schönsten Gärten, Anlagen von Gemüsegärten? Ja, das ist auch so eine eigene Sache. Der Besitzer derselben heißt Vandamme. Die Deutschen haben ihm seinerzeit für 14 000 Frank Blumen und Mistbeetscheiben zerstört. Der zerstörte Wert, also Abnutzung nicht gerechnet, 14 000 Frank. Man hat 170 000 reklamiert und 900 000 Frank erhalten ... Für seine gestorbenen Begonien und zerschlagenen Scheiben. Nicht wahr, das ist ein Geschäft?!

Das, was dort drüben herüberleuchtet, ist eine große Fabrik und daneben der feudale Besitz des Monsieur Ladsons, Unternehmer in Holz und Eisen — früher Bäcker an einer Straßenecke. Seine Wirtschaft hatte vielleicht 5000 Frank Wert, heute ist er Millionär.

Und da ist auch Monsieur Dumortier. Ein Mann, der vor dem Kriege ein Vermögen von 70 000 Frank besaß. Die Fabrik von heute ist mindestens eine Million wert. Und im übrigen gehört ihm der ganze Häuserkomplex auf der linken Seite der Straße.

Und noch eine letzte Geschichte, die ebenso wahr ist wie die anderen. Sie hat sich etwas weiter weg von Tourcoing, am Meere zugetragen. Die „Societe de Carennes de Bray-Dunes (man sagt dort Kaninchen. Der Präsident der Gesellschaft ist Herr Tiberghien) hatte ihr Terrain vor dem Kriege den Quadratmeter für einige Centimes gekauft. Was Wunder, es waren Dünen, und Düne ist Sand. Aber da kam der Krieg, und ein Kanonenschuß zerstörte ein wenig den Deich, und dafür verlangten sie 344 000 Frank und erhielten viel mehr — konnten auf dem Grundstücke wundervolle Bauanlagen, Tennisplätze und ein Kasino errichten — für ein paar zerschossene Deichstücke!

Das ist die Wahrheit über die „zerstörten Gebiete". Und wer es nicht glaubt, der möge nachsehen in „Le Quotidien", dort, wo der Sonderberichterstatter des Blattes berichtet, daß dort Herr Ingbels, Abgeordneter des Departement du Nord so und nicht anders, wie oben aufgezeigt, über den Skandal der Kriegsschäden gesprochen hatte!

Und was sagt die Welt dazu, die bewußt und systematisch von Poincare irregeführt und für dumm gehalten wird?

Es gibt nur eine Wahrheit über die „zerstörten Gebiete" und die ist, daß sie der größte Korruptionsherd der Welt (und der Weltmeinung) sind!

---

gestellt, daß die Arbeitszeit der Kleinhandelsangestellten, einschließlich der Pausen, wie folgt aussah:

bis	12	Stunden für	14,9 %	der von der Erhebung erfaßten Angestellten
„	13	„ „	22,6 %	
„	14	„ „	17 %	
„	15	„ „	18 %	
„	16	„ „	21 %	
„	17	„ „	6,5 %	

Neun Jahre später, im September 1901, wurde für die Angestellten in den Kontoren von der gleichen amtlichen Stelle ermittelt, daß deren Arbeitszeit in

6818	Betrieben	mit	40 530	Angestellten	unter 9 Stunden
4040	„	„	20 292	„	9—10 „
2085	„	„	7 042	„	10—11 „
730	„	„	1 882	„	über 11 „

betrug.

Dieser Verhältnisse muß man sich erinnern, um die Wirkung der sozialdemokratischen Forderung nach dem Achtstundentag zu verstehen, und es ist somit insofern verständlich, daß eine der ersten Maßnehmen plötzlich durch die Revolution zur Macht gekommener „Volksbeauftragter" war, den jahrzehntelang als Symbol einer besseren Zeit gepriesenen Achtstundenarbeitstag einzuführen. Die Massen hätten die Volksbeauftragten sonst glatt gezwungen, den verheißenen Glückszustand in die Tat umzusetzen.

Rund fünf Jahre hat die deutsche Wirtschaft mit dem Achtstundenarbeitstag gearbeitet. Seine Herrschaft als zwingende Form gehört der Geschichte an; in den Vordergrund tritt wieder die Vereinbarung, mangels einer solchen der Zwang zur Mehrarbeit.

Was dem Achtstundentag nicht zuletzt das Grab bereitete, war seine Starrheit. Wohl sah schon die Verordnung, die ihn einführte, Ausnahmemöglichkeiten vor, wohl hat sich die Landwirtschaft beispielsweise von vornherein eine beweglichere Form geschaffen, wohl begann sich bei den großen staatlichen Verkehrsunternehmungen der Gedanke durchzusetzen, Arbeitsbereitschaft und wirkliche Arbeitsleistung unterschiedlich zu behandeln. Unbeschadet dessen ist festzustellen, daß große Wirtschaftsgebiete dem Prinzip weitgehend unterworfen blieben.

Je mehr nun sichtbar wurde, was der „Friedensvertrag" von Versailles in seiner furchtbaren Auswirkung für unser Volk eigentlich bedeutet, umso stärker regte sich der Zweifel über die Tragbarkeit einer verkürzten Arbeitszeit für eine Volkswirtschaft, von der so ungeheuerliche Belastungen erpreßt werden. Dieser Zweifel verdichtete sich bis in sozialdemokratische Kreise hinein zu der Erkenntnis, daß es notwendig sei, zwingenden Bedürfnissen der Wirtschaft durch ein Arbeitszeitsystem entgegenzukommen, das unter grundsätzlicher Beibehaltung des achtstündigen Arbeitstages auf dem Wege der Vereinbarung die Starrheit des Prinzips durchbrach und Mehrarbeit da gestattete, wo sie als volkswirtschaftliche Notwendigkeit erkannt wurde.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich dieser Erkenntnis von Anbeginn nicht verschlossen. Schon 1921 ist von ihm im „Detuschen" das Verlangen nach völliger Beseitigung der behördlichen Zuständigkeiten und deren Ersatz durch tarifvertragliche Regelung erhoben. Darin liegt schon ausgesprochen, so wurde damals ausgeführt, „daß unser Kampf sich nicht gegen die Ausnahmen an sich richtet, deren Notwendigkeit im Interesse der Volkswirtschaft erkennen wir an."

Damals war die Lage für die Lösung, die den Gewerkschaften weitgehendes Mitbestimmungsrecht gesichert hätte, noch verhältnismäßig günstig. Daß es dazu nicht kam, ist im wesentlichen der Entschlußschwäche der Sozialdemokraten zu verdanken.

Der Achtstundenarbeitstag ist im Abbröckeln, noch bevor die neue gesetzliche Regelung die Lage geändert hat. Es wäre töricht, das nicht sehen zu wollen. Für die Beamtenschaft hat das Kabinett, da mit der von der Phrase beherrschten, linkseingestellten Gruppe der Beamten-Organisationen eine Regelung gleichfalls nicht zustande kam, die 54stündige Arbeitswoche einfach angeordnet; in der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie ist die Arbeitszeit teilweise auf 59 Stunden wöchentlich vereinbart worden; im Braunkohlenbergbau werden zehnstündige, im westlichen Steinkohlenrevier achtstündige Untertagsschichten verfahren. Der Abbau ist in vollem Gange. Und er wird nicht aufzuhalten sein. Die deutsche Wirtschaft kann aber nur gesunden, wahre Volks- und Schicksalsgemeinschaft nur dann sich verwirklichen, wenn auch der letzte Arbeitnehmer das Bewußtsein haben kann, durch seinen Arbeitseifer seinem Volke zu nützen. Daß die Sozialdemokratie diese Notwendigkeit nicht erkennen konnte oder wollte, ist ihre historische Schuld, die sie, sofern sie nicht ehrlich umlernt, eines Tages gewiß mit ihrem Untergange bezahlen muß.

Der Kampf um die Dauer der Arbeitszeit ist in eine neue Phase eintreten, aber damit keineswegs abgeschlossen. Im Streben nach einer Arbeitsdauer, die unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Wirtschaft dem arbeitenden Volksgenossen die Möglichkeit gibt, ein menschenwürdiges Leben zu führen, muß im Interesse aller Arbeitnehmer natürlich festgehalten werden. Was an geistigen Gütern der Menschheit zur Veredelung des Lebens gegeben ist, soll auch der arbeitenden Masse unseres Volkes gehören.

Im Rentenbankgebäude in Berlin.

Nicht im historischen Bankviertel Berlins, sondern im Südwesten, dort, wo ein Industrieblock sich neben dem anderen erhebt, Fabriken und Großhandelsfirmen gedrängt nebeneinander und übereinander liegen, hat die Deutsche Rentenbank ihr Heim aufgeschlagen. In der Oranienstraße, an der Ecke der Alten Jakobstraße, ist in der Nachkriegszeit ein prächtiger Industriebau aus roten Backsteinen entstanden. Architektonisch ein Meisterwerk, wie es deren nicht viele in dem ausdruckslosen Berlin gibt. Im Innern scheint es, als hätte der Künstler, der den Bau entworfen hat, ursprünglich für die Ausstattung edleres Material vorgesehen. Nüchterne, gekalkte Wände, zweckentsprechend gegliederte Räume und vor allem: Luft und Licht überall.

Ein Lichthof, wie ihn die meisten großen Bankhäuser für den Verkehr mit dem Publikum hergerichtet haben, dient hier dem gleichen Zwecke. Alles ist unfertig, provisorisch eingerichtet. An den Schaltern der einen Seite befinden sich mit Buntstift geschriebene Orientierungstafeln, die andere ist noch vollkommen unfertig. In einer Ecke sind Möbel aufeinander getürmt. Die Polonäsen derer, die in dem Schalterraum noch bis vor wenigen Tagen sehnsüchtig auf wertbeständiges Geld warteten, sind verschwunden. Nur einige Kassenboten bringen Papiergeldsummen zur Umwechselung gegen Rentenmark. In der Mitte des Lichthofes stehen Tische und Stühle, einfachste Bureaumöbel, in wirrem Durcheinander.

Ebenso einfach und nüchtern sind die Räume ausgestattet, die der eigentlichen Bureauarbeit, der Registratur und den bankmäßigen Buchungsarbeiten dienen. Die Möbel, die man zusammengetragen hat, sind nicht einmal durchweg neu. Selbst die Direktionszimmer machen hier keine Ausnahme. So sind die Zeiten geblieben, da jede kleine Kriegsgesellschaft nicht ohne ein Dutzend Klubsessel auszukommen glaubte?

Im dritten Stock befinden sich die Räume, die die Reichsbankabteilung der Rentenmark beziehen soll. Hier sind noch die Handwerker bei der Arbeit, um sie zweckentsprechend einzuteilen, und auszustatten. Zweckentsprechend heißt aber auch hier: so einfach wie nur irgend möglich. Die Reichsbankabteilung wird voraussichtlich die wichtigste des ganzen Rentenbankunternehmens werden. Hier werden die beiden Blutströme zusammenfließen, die die deutsche Wirtschaft auffrischen sollen.

Die Rentenbank verfügt bisher nur über eine ganz bescheidene Anzahl von Angestellten. Man hat hier nicht wie sonst bei allen Nachkriegsgründungen den Fehler gemacht, daß man den wirtschaftlichen Körper des Unternehmens von vornherein aufschwemmte, um sich jetzt vor der Notwendigkeit zu sehen, angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage Deutschlands abzubauen. Hier soll aufbauende Arbeit geleistet werden, und jeder Aufbau ist nur dann denkbar, wenn er aus kleinen und kleinsten Anfängen heraus geschieht.

*

Der Stahlhelm ruft!

Der Stahlhelm ruft die gesamte vaterländisch gesinnte Bevölkerung der Stadt Halle zur Teilnahme am den Reichsgründungsfeiern und Massenkundgebungen am Freitag, 18 Januar, auf. Der Stahlhelm, der sich besonders in drohenden Zeiten für die Bevölkerung eingesetzt hat, wird nicht umsonst rufen. Es wird erwartet, daß alle nationalen Kreise zu den Massenkundgebungen strömen, es darf keiner fehlen. Beteiligen werden sich ferner die gesamten nationalen Verbände und die gesamten Ortsgruppen des Stahlhelm, Untergau Halle, Kriegervereine und Verbände, sämtlich mit Fahnen, die Stahlhelmmitglieder in der alten Feldkluft mit ihren Auszeichnungen. Einige Aenderungen sind in der Liste der Redner eingetreten Es werden nunmehr sprechen: General Maercker, General Litzmann, General v. Below, General v. Wrisberg. Die Fahnengruppe des Stahlhelms wird in allen Lokalen erscheinen und die Führer werden bei allen Kundgebungen kurz sprechen. Die Kundgebungen finden in Halle pünktlich 8 Uhr im oberen und unteren Saale des Stadtschützenhauses, im Thaliasaal und im Neumarkschützenhause statt.

Internationale Juwelenräuber.

Dank der tatkräftigen Bemühungen der Berliner Kriminalpolizei gelang es in diesen Tagen, einer Bande internationaler Juwelenräuber auf die Spur zu kommen. Es konnte allerdings nur ein Teilnehmer festgenommen werden, während der Hauptanführer erschossen wurde. Weitere Verhaftungen stehen jedoch bevor. Hierzu erfahren wir folgendes: In der Nacht zum 15. Dezember wurde bei dem Juwelier Hagen in Basel ein Einbruch verübt, der im letzten Augenblicke entdeckt wurde. Die Täter flüchteten. Einer von ihnen wurde auf der Flucht erschossen. Der Züricher Kriminalpolizei gelang es, zu ermitteln, daß dieser Erschossene ein Kaufmann Walter Brachmann aus Bad Berka in Thüringen sei. Die Komplizen des Brachmann waren spurlos verschwunden. Ermittelungen der thüringischen Kriminalpolizei führten zunächst nur zu der Feststellung, daß Brachmann in Bad Berka eine Villa besaß. Die Berliner Kriminalpolizei, die sich auf Ersuchen sofort an den Ermittlungen beteiligte, ließ eine Durchsuchung der Villa durch den bekannten Kriminalkommissar Trettin vornehmen. Diese zeitigte ein erstaunliches Resultat. In der Villa wurde eine große Menge loser und gefaßter Brillanten, Juwelen, sowie Gold- und Silbersachen vorgefunden. Alle diese Sachen stammten aus den Einbrüchen. Die Polizei ermittelte weiter, daß bei dem Erschossenen ein Landwirt Hausmann gewohnt hatte, der bald nach dem Tode des Brachmann plötzlich wieder in der Villa auftauchte, einige Stunden sich dort aufhielt und dann plötzlich verschwand. Kriminalkommissar Trettin ermittelte den Hausmann jetzt in Weimar, wo er mit Hilfe der dortigen Polizei in Haft genommen wurde. Nachdem Hausmann nach Berlin transportiert worden war, wo er sich hartnäckig aufs Leugnen legte, fand man in einigen seiner Verstecke eine weitere große Anzahl Juwelen und andere Kostbarkeiten, die aus den Züricher Einbrüchen und aus England und Holland stammten. Man stellte fest, daß der erschossene Brachmann, der vor dem Kriege mehrere Jahre in Egland gelebt hatte, dort auch interniert worden war und nach Kriegsschluß wieder nach Deutschland zurückkehrte. Er war ein sehr gebildeter Mensch und sprach perfekt englisch und französisch. Seine Intelligenz mißbrauchte er, als er in Deutschland nicht gleich festen Fuß fassen konnte, zur Gründung einer internationalen Einbrecher-G.m.b.H., deren Haupt er wurde. Bisher konnte als Mitglied dieser Bande, die wohl als eine der geschicktesten dieser Art anzusprechen ist, nur Hausmann festgestellt werden. Auf die zweifellos zahlreichen anderen Mitglieder wird jetzt gefahndet. Festgestellt ist, daß die Bande Anfang vorigen Jahres über Holland nach England fuhr. In Utrecht machten sie erste Station und verübten dort eine große Anzahl Einbrüche. Dann begaben sie sich nach London, wo sie auch ihr einträgliches Handwerk aufnahmen. Mit diesen Einbrüchen beschäftigten sich besonders die Zeitungen in spaltenlangen Artikeln, da sie mit unerhörter Kühnheit ausgeführt wurden. Bei einem der vornehmsten Juweliers Londons erbeuteten sie bei einem Einbruche eine große Anzahl Juwelen, Gold- und Silbersachen, so daß die Versicherungsgesellschaft allein in diesem Falle 1000 Pfund Sterling Belohnung aussetzte. Als ihnen der Boden in England zu heiß wurde, fuhren sie über Holland nach Bremen zurück. In Holland trennte sich Brachmann einige Tage von Hausmann, der ihn in Bremen erwartete. In der Zwischenzeit hatte Brachmann in Holland sich ein Konto mit 500 000 Gulden Einzahlung auf einer großen dortigen Bank angelegt, während er bei seiner Abreise von Deutschland nach England nicht einen Pfennig Geld besessen hatte. Der Wert der in der Villa in Bad Berka und der bei Hausmann beschlagnahmten Kostbarkeiten beträgt weit über eine Million Goldmark. Der verhaftete Hausmann versucht, den Unschuldigen zu spielen. Alle Schuld schiebt er auf den Getöteten, von dessen dunklem Treiben er nichts gewußt haben will, sondern der ihn nur als Reisemarschall engagiert haben soll.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240117-15/fragment/page=0006